

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Die Läderachs: Eine schrecklich fromme Familie Seite 3



Jetzt erst recht!

**Respekt. Mehr Lohn.
Mehr Zeit.**

Vor einem Jahr war Frauen*streik – 5 Seiten Rück- und Ausblick:
So schön war's • Das ist seither gegangen – und das nicht •
Frauen & Corona: Der Lockdown war männlich – die Krise ist weiblich •
Und: work-Frauenstreik-Kolumnistin **Sandra Künzi** über den nächsten saftigen Streik. Seiten 10–11, 14–15 und 20

Aufstand in den USA

Die USA brennen, weil die Schwarzen sich wehren. Seite 9



So rassistisch ist die Schweiz

Polizei-Schikanen und -Übergriffe jeden Tag. Die Studie und die Beispiele. Seite 8

Undercover bei Uber

So läuft's wirklich bei Uber Schweiz. Die Recherche. Seite 5

Nicht reinlegen lassen!

So ziehen Sie bei einer Änderungskündigung nicht den Kürzern. Der Ratgeber. Seiten 16–17



workedito
Marie-Josée Kuhn

AM ANFANG IST IMMER TRUMP

Als der Mauerbauer, Sexprahler und Brandstifter, dieses ungesteuerte Geschoss, im Januar 2017 abging, marschierten in den Strassen von Washington bereits Zehntausende Frauen gegen ihn. Weil er das Rad zurückdrehen will. Auch jetzt wieder benützen er und seine Republikaner die Coronakrise, um das Recht auf Abtreibung in 11 Bundesstaaten einzuschränken. Weil Abtreibungen «nichtessentielle medizinische Eingriffe» seien. Im Wissen, dass es für die Frauen später zu spät sein würde.

Ist im November endlich Ende Trump?

Der Coronavirus hat die Ungleichheit zwischen

Frau und Mann nicht nur in den USA vergrößert. Wie das work-Dossier zeigt (Seiten 10–11).

AMERIKA BRENNT. Pussyhat-Power, #MeToo-Bewegung und Frauenstreiks: Aus den Anti-Trump-Protesten wurde eine neue Frauenbewegung. Weltweit. Sie brachte am 14. Juni 2019 auch die Schweiz zum Beben. Jetzt, ein Jahr nach dem Frauenstreik, schaut work zurück und nach vorne. Und lässt auch die Berner Slam-Poetin Sandra Künzi nochmals hart und heftig rocken (Seite 20). Mit ihrer Kolumne «Künzi streikt» stimmte sie im work ab Januar 2019 auf den Tag der Tage ein.

Und wieder stehen die USA in Flammen: im lichterlohen Floyd-Protest. Der weisse Cop Derek Chauvin drückte dem gefesselten Schwarzen George Floyd sein Knie so lange gegen den Hals, bis er erstickte. Es geschah am helllichten Tag. Cornel West, einer der führenden afro-amerikanischen Intellektuellen, nennt den Mord an Floyd einen «Lynchmord». Er zieht eine direkte Linie von den früheren Lynchpraktiken zur heutigen Polizeigewalt. Und wieder war am Anfang Trump. Er werde das Militär gegen die Demonstrierenden losschicken, verkündete er. Und hielt fürs Fotoshooting die Bibel in die Höhe. Der weisse, christliche Fundamentalist inszeniert sich als Sprachrohr Gottes. Es ist eine Kriegserklärung an alle Andersfarbigen und Andersdenkenden (Seite 9).

HOFFNUNG. 78 und immer noch kämpferisch: Jesse Jackson, der Bürgerrechtskämpfer der ersten Stunde, sieht zwar Fortschritte im Land, das «in seinen Grundfesten auf weisser Vorherrschaft basiert». Er, der einst neben dem sterbenden Martin Luther King stand, als dieser 1968 in Memphis, Tennessee, von Kugeln niedergestreckt wurde. Doch unter Trump neigten die USA dazu, sagt Jackson (im Interview mit der «Weltwoche»), die Uhr zurückzudrehen, die Ängste der Weissen neu zu beleben, weisse Rassisten und weisse Nationalisten zu ermutigen.» Und gibt es Hoffnung? Ist endlich Ende Trump in Sicht? Jackson ist optimistisch. Und Spike Lee ebenfalls. Der schwarze US-Filmemacher setzt grösste Erwartungen in den kommenden November. Dann steht Trump zur Wiederwahl. Und seine Umfragewerte sinken derzeit.

Parlament sagt Ja zur Überbrückungsrente – einer gekürzten Jetzt hat die Schweiz ein neues Sozialwerk!

Die Schweiz bekommt die Überbrückungsrente für ältere Ausgesteuerte. Das ist erfreulich. Ärgerlich aber: Die rechte Mehrheit hat die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates massiv verschlechtert.

CLEMENS STUDER

Am Anfang stand ein runder Tisch: Im Mai 2019 trafen sich Innenminister Alain Berset (SP), Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) und Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden. Thema: die Situation der älteren

Die SVP will ältere Arbeitslose in die Verelendung treiben.

Arbeitnehmenden und Arbeitslosen verbessern. Eine der dort besprochenen Massnahmen war die «Überbrückungsleistung» für ältere Ausgesteuerte, die als Überbrückungs-

DAS PROBLEM

Ältere Arbeitnehmende über 55 verlieren häufig die Stelle und finden nur schwer wieder eine neue. Wer keinen neuen Job findet, wird nach Ablauf der Bezugsdauer für Arbeitslosenentschädigung «ausgesteuert» – und steht vor dem Nichts. Die Betroffenen müssen (falls vorhanden) ihr Vermögen praktisch aufbrauchen, das Altersguthaben aus der Pensionskasse beziehen – und verlieren so ihre Pensionskassenrente. Erst dann haben sie Anspruch auf Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote der 60- bis 64jährigen ist von 2011 bis 2017 um 47 Prozent gestiegen, mehr als in allen anderen Alterskategorien. Und allein im März und April dieses Jahres hat die Zahl der Arbeitslosen «Ü55» um fast 50 Prozent zugenommen. Das Problem verschärft sich also weiter.

DIE LÖSUNG

Um zu verhindern, dass noch mehr Menschen nach einem Leben voller Arbeit in unanständigen



FREISINNIG: FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter war von Anfang an massgeblich am Zustandekommen der Übergangsrente beteiligt. Sie brachte auch ihre Fraktion grossmehrheitlich auf Spur. FOTO: KEYSTONE

sozialen Verhältnissen leben müssen, hat der Bundesrat nach dem Gipfel mit den Sozialpartnern die Überbrückungsleistung für ältere Ausgesteuerte auf den Weg gebracht. Das war ein wichtiger Schritt. Doch während der parlamentarischen Behandlung wurde der vernünftige und ausgewogene Vorschlag des Bundesrates von der rechten Parlamentsmehrheit mehr und mehr gekürzt.

DIE RECHTEN ANGRIFFE

Während die Mehrheit der bürgerlichen Parteien von FDP bis GLP Leistungen zusammenstrich und die Bezugsbedingungen verschärfte, machte die SVP auf Fundamentalopposition. Sie denkt unterdessen laut über ein Referendum nach. Sie will ältere Arbeitnehmende, die ihren Job verlieren, weiterhin in die Verelendung treiben.

DAS RESULTAT

Das Prinzip der Überbrückungsrente in der Form, wie sie jetzt durch die Räte gekommen ist*, entspricht jenem der Ergänzungsleistungen für Rentnerinnen und Rentner: Das neue Sozialwerk deckt den Teil der Lebenshaltungs-

kosten, den Betroffene nicht selber bezahlen können. Anspruch haben Personen, die mit 60 Jahren oder älter ausgesteuert werden und kein höheres Reinvermögen als 50 000 Franken haben (als Alleinstehende) beziehungsweise 100 000 Franken (als Ehepaare). Die Übergangsleistungen sind plafoniert. Alleinstehende erhalten maximal 3650 Franken im Monat, Ehepaare 5470 Franken. Die Krankheitskosten werden ebenfalls übernommen, allerdings an den Plafond angerechnet. Zu den Bezugsbedingungen gehört auch, dass die Personen mindestens 20 Jahre in der Schweiz gearbeitet haben. Immerhin wird dafür wie bei der AHV die Erziehungsarbeit angerechnet.

DAS FAZIT

Die Überbrückungsrente ist ein konkreter sozialpolitischer Fortschritt. Trotz den bürgerlichen Abbauarbeiten am ursprünglichen Vorschlag.

* Redaktioneller Hinweis: Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der Mittwoch, 10. Juni. Der Nationalrat entschied am Donnerstag, also zwischen Redaktionsschluss und Erscheinungstermin. Es war bei Redaktionsschluss von einer Zustimmung auszugehen.

Zweitgrösstes Kita-Unternehmen der Schweiz drückt Löhne Echt jetzt, Pop e Poppa?

Mehr «Aufmerksamkeit und Anerkennung» für Kinderbetreuerinnen. Das verlangte und bekam der Kita-Riese Pop e Poppa vom Bundesrat. Doch jetzt senkt das Unternehmen die Löhne – mit einer faulen Ausrede.

JONAS KOMPOSCH

Friss oder stirb. So lautet die Ansage von Pop e Poppa, dem zweitgrössten Kita-Unternehmen der Schweiz, an seine knapp tausend Erzieherinnen und Erzieher. Ihnen teilte die Geschäftsleitung Mitte Mai in einem fünfseitigen Brief mit, dass die Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden gesenkt werde. Und dass folglich

«Die Lohnreduktion ist eine Frechheit.»

ERZIEHERIN ELENA FREI

auch die Lohnsumme um fast 5 Prozent schrumpfte. Gerade mal zehn Tage Bedenkzeit gewährte

* Name geändert



ACHTUNG, FERTIG, ZÄHNE PUTZEN! Kita-Alltag kann stressig sein. Deshalb braucht's anständige Löhne für die Erziehenden. FOTO: KEYSTONE

die Kita. Wer bis dahin den neuen Arbeitsvertrag nicht unterzeichne, werde die Stelle verlieren.

TROTZ CORONA-NOTKREDIT

Zu ihnen gehört die Zürcherin Elena Frei* (28). Sie weigerte sich, die Vertragsverschlechterung hinzunehmen. Dabei arbeitet die ausgebildete Fachfrau

Betreuung seit sieben Jahren in einer Pop-e-Poppa-Kita. Und zwar «sehr gern», wie sie sagt, und überhaupt findet sie ihren Beruf «grundsätzlich wunderschön». Wenn da nicht die schlechten Löhne wären. Und das profitorientierte System, unter dem Kinder und Mitarbeitende leiden. Und dann diese Lohnreduktion, die sei «einfach

eine Frechheit». Denn erstens sei das Personal nicht in den Entscheid einbezogen worden. Zweitens blieben die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten unverändert, weshalb künftig einfach längere unbezahlte Pausen bezogen werden müssten. Und drittens habe das Parlament den Kitas extra einen Corona-Notkredit von 65 Millionen Franken zugesichert.

Mit Corona habe der Beschluss allerdings nichts zu tun, sagte Pop-e-Poppa-Geschäftsführer Frédéric Baudin gegenüber Tele Züri. Es gehe vielmehr darum, den Stress der Mitarbeitenden zu reduzieren. Für Kinderbetreuerin Frei ein schlechter Witz: «Der Stress wird eher noch zunehmen.» Denn der Arbeitsaufwand bleibe gleich. Dazu komme eine belastende Phase der Umstrukturierung der Arbeitseinsätze. Und überhaupt: Der fünfseitige Mitarbeiterbrief trägt den Titel «Beschlossene Massnahmen als Reaktion auf die Folgen der Covid-19-Krise».

Läderach kündigt langjährigen Mitarbeitenden Eine schrecklich fromme Familie

Sie sind bekannt für ihre «Frischschokolade» – und berüchtigt für ihre christlich-fundamentalistische Haltung: die Schoggihersteller Läderach. Jetzt stellt die Firma 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Strasse – ohne Sozialplan.

CLEMENS STUDER

Die 40 Filialen in Schweizer Städten und an grossen Bahnhöfen sind nicht zu übersehen. Die Schoggitafeln liegen offen in den Schaufenstern und in der Theke. Lange Zeit stand Läderach für ein innovatives Konzept des Schokoladenverkaufs. Neben Pralinés ist die sogenannte Frischschokolade ein Markenzeichen. Diese wird im Unterschied zur Konkurrenz nicht mit Kondensmilch oder Milchpulver hergestellt, sondern aus Frischmilch und Rahm. Die ganze Produktionskette liegt in der Hand des Familienunternehmens aus Ennenda GL – vom Kakaoanbau bis zum Verkauf in den eigenen Läden. Kennzahlen publiziert die Firma keine, Branchenexperten gehen von einem Jahresumsatz von rund 125 Millionen Franken aus.

SWISS SAGT TSCHÜSSI!

Die Läderachs inszenieren sich als «soziales Unternehmen». Davon ist nichts zu merken bei den angekündigten Entlassungen von 27 Mitarbeitenden. Unter den Entlassenen sind auch viele, die 60jährig und älter sind und zum Teil fast 20 Jahre für die

Geld für Abtreibungsgegner, aber nicht für einen Sozialplan.

Geschäftsleitung übernommen hat. Der Vater präsidiert den Verwaltungsrat. Jede Verwaltungsratsitzung eröffnet er mit einem Bibelspruch.

Geld haben die Läderachs dafür für allerlei christlich-fundamentalistische Projekte. Auch dabei schreiten Vater und Sohn Seite an Seite. Zum Beispiel beim «Marsch fürs Läbe». Einem jährlichen Aufmarsch von Abtreibungsgegnern und Homophoben. Als die zentrale Rolle der Läderachs beim «Marsch fürs Läbe» publik wurde und schwulen- und lesbenfeindliche Sprüche der Firmenführer öffentlich wurden, zog die Fluggesellschaft Swiss die Reissleine. Nach 10 Jahren warf sie Anfang Jahr die Läderach-Pralinés, die sie an Passagiere verteilt hatte, aus den Fliegern. Und in Basel legten Aktivistinnen und Aktivisten die Läderach-Filiale mit Buttersäure für mehrere Tage still.

GELD FÜR SEKTE STATT SOZIALPLAN

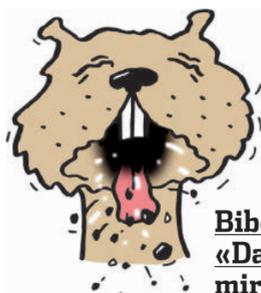
Doch der «Marsch fürs Läbe» ist nicht das einzige fundamentalistische Projekt der Läderachs. Sie betreiben quasi eine eigene Freikirche: das «Missionswerk Kwa Sizabantu». Dieses ist von einem deutschstämmigen Südafrikaner gegründet worden. Der sieht sich als Gesandten Gottes und ist dem Vernehmen nach auch als Wunderheiler tätig. Ihren Schweizer Sitz hat die Sekte in Kaltbrunn SG, wo sie zudem die Privatschule «Domino Servite» betreibt. Dort gingen auch die Läderach-Kinder zur Schule. Die Frau von Jürg Läderach unterrichtete. Das Regime ist knallhart, wie Ausgestiegene berichten: Körperstrafen ausdrücklich erlaubt. Im vergangenen Jahr hat sich «Kwa Sizabantu» nach anhaltend schlechter Presse umbenannt. Die evangelikale Gruppierung nennt sich jetzt «Evangelische Gemeinde Hof Oberkirch», und die Schule heisst jetzt «Christliche Schule Linth». Das harte Regime ist von den Namensänderungen nicht betroffen.

Auch wenn's geschäftlich ums Läbige geht, sind die Läderachs knallhart. Beim Abbau jetzt im Stammhaus ist es nicht das erste Mal, dass die



FÜHRE UNS NICHT IN VERSUCHUNG: Geht's um Sozialpläne, Abtreibung, Schwule und Lesben, zeigt Firmenchef Johannes Läderach nicht mehr seine Schoggiseite. FOTO: KEYSTONE

schrecklich fromme Familie zeigt, wie wenig sie die Würde der Arbeitnehmenden interessiert. Allen Bibelsprüchen zum Trotz. Im deutschen Dillenburg (Bundesland Hessen) schlossen die Läderachs 2019 ihre Fabrik buchstäblich von einem Tag auf den anderen. Über 130 Arbeiterinnen und Arbeiter verloren ihre Jobs: Als sie am 27. Februar zur Arbeit erschienen, wurden sie von einer Security-Truppe abgefangen und dann aus der Fabrik bugsiert. Immerhin musste Läderach wegen des stärkeren Kündigungsschutzes in Deutschland Hand bieten für soziale Abfederungsmassnahmen. Nicht so wie jetzt in der Schweiz.



Biberli meint: «Da kommt's mir obsi!»

Christliche Firmen: Der gottgegebene Reichtum

Läderachs sind nicht die einzige Unternehmerfamilie, die sich christliches Unternehmertum auf die Fahne geschrieben hat. Der Verein «Christlicher Geschäftsleute Schweiz» zum Beispiel zählt über 700 Mitglieder, der «Vereinigung Christlicher Unternehmer» sind über 400 Kadermitarbeitende beigetreten. In ihren Leitbildern beziehen sie sich auf die Bibel und postulieren ethisches Wirtschaften.

STATTHALTER GOTTES. Manche dieser Unternehmen haben auch ein gewisses soziales Engagement. Die meisten der organisierten «Christen-Unternehmen» gehören dem evangelikal-freikirchlichen Umfeld an. Das erstaunt nicht. Im Protestantismus – gerade in seiner calvinistischen Prägung – gelten geschäftlicher Erfolg und Reichtum als Auszeichnung für ein gottgefälliges Leben. Damit sollte jedoch «demütig» umgegangen und den weniger Erfolgreichen (weil weniger gottgefällig) etwas abgegeben werden. Gewerkschaften sind in dieser Logik unnötig, weil ja der Chef selber schon zu «seinen Leuten» schaut. Quasi als Statthalter Gottes. (cs)

Migros-Tochter: 220 Jobs weg

ZOLLIKOFEN BE. Migros-Tochter Jowa schliesst auf Mitte 2021 ihre Grossbäckerei in Zollikofen. Der Standort sei «nicht mehr rentabel», teilt die Migros mit. 220 Mitarbeitende verlieren ihre Stelle. Sie sollen «inner- und ausserhalb» der Migros-Gruppe weiterbeschäftigt werden – so das



OFEN AUS: Die Jowa-Bäckerei in Zollikofen geht zu. FOTO: ZVG

Versprechen. Auch gebe es einen Sozialplan. Wie der aussieht, ist allerdings unbekannt: Der orange Riese wollte work auf Anfrage keine Einsicht geben.

Bald Spital-Streiks?

REYKJAVIK (IS). Unbefristeter Streik in allen öffentlichen Spitälern: Dafür stimmten 85,5 Prozent der isländischen Krankenpflegenden, wie ihre Gewerkschaft FIH mitteilte. Fast die Hälfte seien sogar zum Generalstreik bereit. Denn seit über einem Jahr müssen sie im vertragslosen Zustand arbeiten. So lange schon weigert sich das Gesundheitsministerium, den Pflegenotstand mit anständigen Mindestlöhnen und mehr Personal zu beheben. Dafür drückte es mitten in der Coronakrise eine Gehaltskürzung durch. Jetzt reicht's den «Systemrelevanten». Sie stellten der Regierung ein Ultimatum auf den 22. Juni, ab dann ist nur noch Notfall- und Minimalbetrieb garantiert.

Mehr Lohn für Verkäuferinnen

DELÉMONT. Mickrige 18.57 Franken pro Stunde musste bis anhin eine Verkäuferin im Kanton Jura im Minimum verdienen. Das schreibt der kantonale Normalarbeitsvertrag (NAV) Verkauf vor. Und daran wollte die Regierung in Delémont eigentlich nicht rütteln. Doch dann kam ihr die Unia Transjurane dazwischen und monierte, dass dieser Mindestlohn den seit Februar geltenden kantonalen Mindestlohn von 20 Franken unterschreite. Das sah nun auch die Regierung ein und erhöhte den Verkaufs-Mindestlohn immerhin auf ebenfalls 20 Franken.

Ständerat will Kriegsgeschäfte

BERN. Sowohl die Pensionskassen wie auch die Nationalbank dürfen weiterhin in die Kriegsgüterproduktion investieren. Nach dem Nationalrat beschloss dies auch der Ständerat. Er erteilte der «Kriegsgeschäfte-Initiative» von GsoA und jungen Grünen eine klare Abfuhr. Nicht einmal zu einem abgeschwächten Gegenvorschlag, wenigstens für verbotene Waffen einen Finanzierungsstop einzuführen, mochte sich die rechte Ratsmehrheit durchringen. Noch ist es in der Schweiz nämlich legal, verbotene Atom-, Bio- und Chemiewaffen sowie Antipersonenminen und Streumunition indirekt zu finanzieren. Die Initiative dürfte nun an die Urne kommen.

Konzernverantwortung Multis kaufen Parlament

Die Konzernlobby hat sich im Parlament durchgesetzt. Statt eines Kompromiss-Gegenvorschlages aus dem Nationalrat gewann der Alibi-Gegenvorschlag des Ständerates.

Und darum geht es: Konzerne mit Sitz in der Schweiz verletzen weltweit Menschenrechte und vergiften Umwelt und Menschen. Dem will die Konzernverantwortunginitiative einen Riegel schieben. Multis mit Sitz in der Schweiz sollen vor hiesigen Gerichten für Vergehen und Verbrechen im Ausland zur Verantwortung gezogen werden können.

Der indirekte Gegenvorschlag ist ein Hohn.

Das ist wichtig, weil in den Tatort-Ländern Politik und Justiz oft von den Konzernen gekauft sind und es für Opfer sehr schwierig bis unmöglich ist, zu ihrem Recht zu kommen. Die Initiative ist breit getragen von 120 Hilfswerken, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, kirchlichen, genossenschaftlichen Vereinigungen, Aktionärsverbänden und Gewerkschaften. Auch die Unia unterstützt sie.

HOHE ZUSTIMMUNG. Das macht den Multis Angst. Über ihre Wasserträger im Parlament verzögerten sie die Behandlung über Jahre. Einen Gegenvorschlag des Nationalrates liessen sie via den Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser bodigen. Für den Abstimmungskampf haben sie bereits 8 Millionen Franken bereitgestellt. Was jetzt als indirekter Gegenvorschlag daherkommt, ist ein Hohn. Die Konzerne sollten lediglich einmal pro Jahr berichten, wie sie mit Menschenrechten und Umwelt umgehen. Ohne Folgen und ohne Sanktionen. Da ist unterdessen sogar die EU weiter, wie Andreas Rieger bereits Mitte Mai im work schrieb: [rebrand.ly/eu-konzerne](https://www.rebrand.ly/eu-konzerne).

Der Abstimmungskampf wird episch werden, in Umfragen hat die Initiative extrem hohe Zustimmungswerte. (cs)

www.konzern-initiative.ch

Unia-Industriechef Corrado Pardini (54): Rücktritt aus der Geschäftsleitung

Unia-Mann Corrado Pardini tritt aus sämtlichen Gremien der Gewerkschaft zurück und übernimmt neu ein Verwaltungsratsmandat bei der Post.

MARIE-JOSÉE KUHN

Er war die Nummer 8826 in der Berner Druckmaschinenfabrik Wifag: Maschinenschlosser-Stift Corrado Pardini. Sein Vater wollte, dass er eine technische Lehre mache: «Industrie hat Zukunft», sagte er. Damals, zwischen 1981 und 1985, begann das mit der Industrie und auch das mit den Gewerkschaften. Schon in der Stifto wurde Pardini Mitglied des Smuv, einer Vorgängerin der Unia. Aktives Mitglied. Zu aktiv für den bhäbigen Smuv: Als Pardini schon während der Lehre in den Betriebsrat gewählt wurde, fand der Sekretär, das gehe nicht. Ein Stift unterstehe nicht dem Gesamtarbeitsvertrag. Doch Pardini machte weiter, nicht mit der Maschinenschlosserei, aber bei den Gewerkschaften. work verriet er einst: «Ich habe den Beruf zwar geliebt. Aber ich wollte keine Nummer bleiben.»

«Wir bedauern seinen Weggang sehr!»

UNIA-CHEFIN VANIA ALLEVA

Also wurde Pardini Profi-Gewerkschafter. Erst bei der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) und dann, nach ihrer Fusion zur Unia, dort. Seit 12 Jahren (und noch bis Ende Juli) sitzt er nun schon in der Geschäftsleitung der Gewerkschaft. Als Chef des Sektors Industrie. Diesen prägte Pardini entscheidend. Immer wieder wehrte er sich für den Werkplatz Schweiz und gegen die zunehmende Dominanz des Finanzplatzes. So auch im work-Interview im Juli 2012: «Die Schweiz darf nicht ausschliesslich auf den Finanz- und den Dienstleistungssektor

FÜR DEN WERKPLATZ SCHWEIZ

setzen. Denn im Industriewerkplatz werden reale Werte geschaffen. Die Industrie treibt die Innovation an.» Das war im Jahr, als heftige GAV-Verhandlungen in der Branche begannen. Trotz Widerstand der Metallpatrons setzte Corrado Pardini verbindliche Mindestlöhne für alle im neuen Vertrag durch. Ein Meilenstein in der MEM-Geschichte. Und dies just 75 Jahre nach Inkrafttreten des berühmten Friedensabkommens von 1937. Seither hatten die Arbeitgeber die Lohnfrage regelmässig aus den GAV-Verhandlungen verbannt.



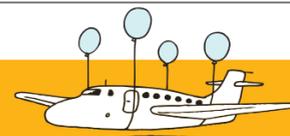
ZUM GELBEN RIESEN: Corrado Pardini macht sich selbständig und wird im Post-Verwaltungsrat die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertreten. FOTO: KEYSTONE

WEITERHIN FÜR DIE UNIA TÄTIG
Der Abschied von Corrado Pardini hinterlässt in der Unia eine grosse Lücke. Unia-Chefin Vania

Alleva sagt: «Wir bedauern seinen Weggang sehr.» Alleva freut sich aber auch darüber, dass Pardini den Gewerkschaften eng verbunden bleibe. Corrado Pardini wird im Post-VR schliesslich die Post-Mitarbeitenden vertreten. Und daneben auch weiterhin für die Unia und den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) tätig sein. Er übernimmt verschiedene Mandate und Aufgaben oder führt sie weiter: als Verwaltungsratspräsident der Gewerkschaftshotels in Bern und Thun, im Suva-Verwaltungsrat sowie in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Die Interimsleitung des Sektors Industrie übernimmt bis zum nächsten Kongress im Juni 2021 Unia-Chefin Alleva.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Elektroflieger: Sollen wir uns freuen oder ärgern?

Die Cessna Grand Caravan ist ein Lastesel der Lüfte. Nur macht sie Lärm und verbrennt Kerosin. Jetzt ist am Lake Moses / USA die erste elektrische Cessna Grand Caravan zu ihrem Jungfernflug gestartet. Ein wegweisendes Ereignis?

Es gibt auf der Welt mehr als 2500 Cessna Grand Caravan, die Menschen und Güter transportieren. Auch weil diese kleinen Lastesel der Lüfte als relativ sicher gelten. Sie fliegen bis zu 1500 Kilometer weit, und dies auch in Flughöhen von mehr als 6000 Metern über Meer. Dank grossen Fenstern geniessen bis zu 14 Fluggäste den freien Blick. Die robusten Maschinen können auf Flugfeldern von nur 400 Metern Länge starten und landen. Nur machen sie Lärm und verbrennen pro Kilometer fast einen Liter Kerosin.

Werden bald einmal Elektroflieger in dieses Marktsegment vorstossen? Ein komplett neues Flugzeug zu entwickeln ist verdammt teuer, und die Zulassungen dauern lange. Deshalb werden weltweit bestehende Kerosin-Maschinen auf Elektroflieger umgerüstet.

JUNGFERNFLUG. Am 28. Mai 2020 startete – mitten in der Coronakrise – am Lake Moses in den USA die erste elektrische Cessna Grand Caravan zu ihrem Jungfernflug. Den leistungsstarken – aber nur 131 Kilogramm schweren – Elektro-



LEISE FLIEGT SIE DURCH DIE LÜFTE: Die erste elektrische Cessna Grand Caravan. FOTO: MAGNIX

motor hat das Unternehmen Magnix entwickelt. Für die Umrüstung der Maschinen ist die Firma Aerotec zuständig. Die Vorteile aus Sicht der beiden Hersteller:

- 5 Prozent der weltweiten Flugverbindungen würden weniger als 150 Kilometer ausmachen.
- Mehr als 50 Prozent der Kosten pro Flugstunde würden bei der Grand Caravan auf Kerosin und Unterhalt des Antriebsstranges entfallen.
- Die Kosten pro Flugstunde würden um 80 Prozent gesenkt, wenn man die Kilowattstunden Strom für 6 Rappen nachtanken könne. Der

Himmel hängt noch voller ungeklärter Fragen:

- Wie viel weniger Lärm machen startende und landende Elektro-Grand-Caravans als ihre fossilen Schwestern und Brüder? Vergleichende Messungen liegen bisher keine vor.
- Brauchen die Maschinen pro Kilometer wirklich nur 3,5 Kilowattstunden Strom – wenn 14 Passagiere an Bord sind? Und somit pro Sitzplatz und 100 Kilometer nur 25 Kilowattstunden?
- Wie schwer ist das Batteriepaket samt den gesamten Steuerungs- und Sicherheitskomponenten?

- Wann werden neue, leichtere und leistungsfähigere Batterien die Flugweite von aktuell geplanten 160 Kilometern auf 250 bis 300 Kilometer erhöhen?
- Wie starke Mega-Charger braucht es, um die Batterien innert 20 Minuten nachzuladen?

In der kleinräumigen Schweiz zahlen die Flugsüchtigen für das Kerosin doppelt so viel wie im Ausland. Es wäre etwa für Fallschirmspringer somit doppelt so interessant, auf Elektroflieger umzusteigen.

Sollen wir uns freuen oder ärgern?

LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/schweizer-elektroflug](https://www.rebrand.ly/schweizer-elektroflug) Die Ruag ist das Kind einer – über alles gesehen – erfolgreichen linken Industriepolitik. Denn statt nur militärische Güter zu produzieren, begann dieser Bundesbetrieb auch für den zivilen Sektor tätig zu werden. Um so Arbeitsplätze und Know-how zu sichern. Ein Projekt war das geplante Revival des Propellerflugzeugs Dornier Do 228 mit 19 Sitzplätzen. Zusammen mit Siemens wollte man diese Maschine 2018 elektrifizieren. Das hat aber nicht geklappt. Einmal mehr scheinen die Amerikaner mit der Cessna Grand Caravan schneller zu sein. Eigentlich schade.

● [rebrand.ly/jungfernflug](https://www.rebrand.ly/jungfernflug) Auf dem deutschen Nachrichtensender n-tv kann, wer dies will, den Videostream des 30 Minuten dauernden Jungfernfluges des «grössten emissionsfreien Elektroflugzeuges der Welt» anschauen.

● [rebrand.ly/neue-magritten](https://www.rebrand.ly/neue-magritten) Aerotex und Magnix arbeiten daran, bis Ende 2021 die Zulassung für die eCaravan zu erhalten. Ziel sei es, Ende 2021 die Strecke von 160 Kilometern mit voller Zuladung fliegen zu können. Die Cessna Grand Caravan 208B kann maximal 14 Passagiere befördern – statt derzeit 4 bis 5 in der eCaravan. Möglich werden soll das durch neue Akkus, etwa mit Lithium-Schwefel-Batterien.

● [rebrand.ly/voll-daneben](https://www.rebrand.ly/voll-daneben) Die Mehrheit der Leserinnen und Leser der deutschen IT-Nachrichten-Website Heise findet die elektrische Cessna Grand Caravan voll daneben.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Dumping-Fahrdienst: So mies ist der Lohn wirklich **Undercover bei Uber**



DÜRE BI ROT: Uber-Fahrerinnen und -Fahrer verdienen nur gut halb so viel, wie der US-Konzern ihnen verspricht. FOTO: SHUTTERSTOCK

Ein Taxifahrer will wissen, wie es bei der Dumping-Konkurrenz Uber zugeht. Er lässt sich anheuern und staunt nicht schlecht.

CHRISTIAN EGG

Man bezahle gut, behauptete Uber Schweiz im letzten Oktober. Nämlich 21 Franken pro Stunde. Und zwar «nach Abzug aller Kosten wie Amortisation des Fahrzeugs, Benzin und Versicherung». Zahlreiche Medien übernahmen die Zahl. Ungeprüft.

Taxifahrer Stefan Erni* konnte das nicht glauben. Er ist ein erfahrener Berufsmann in Zürich, und er kennt die Branche wie kaum jemand. Er wollte es genau wissen. Also meldete er sich als Uber-Fahrer an. Und weil er keine Sachen macht, fährt Erni einen ganzen Monat lang nur für den Dumping-Taxidienst. Fünf bis sechs Tage pro Woche, meist vom Nachmittag bis spät in die Nacht. Immer so lange, wie er gesetzlich darf. Heute sagt er: «Ich bin gefahren wie ein Löli.» Fast 200 Stunden hat er so im Februar dieses Jahres

* Name geändert

für Uber gearbeitet. Sein Fahrten-schreiber und die Uber-App haben alles genau protokolliert.

PROVISION FÜR UBER

Exakt 4216 Kilometer legte Erni zurück, meist innerhalb der Stadt Zürich. Er erzielte einen Umsatz von knapp 6300 Franken (siehe Tabelle). Davon zwackte Uber gut einen Viertel als Provision ab. Die Kosten für sein eigenes Auto veranschlagte Erni auf 55 Rappen pro Kilometer. Das ist wenig: Laut TCS kostet ein aktuelles Durchschnittsauto 71 Rappen pro Kilometer. Und trotzdem blieb Tägerer Erni unter dem Strich nur gerade ein Monatslohn von 2284 Franken. Das ergibt einen Stundenlohn von 11 Franken 80!

«DA ZAHLE ICH DRAUF»

Das ist eindeutig zu wenig. Vor der Coronakrise habe er als Taxifahrer zwischen 2500 und 4000 Franken im Monat verdient. Für Erni ist drum klar: «Uber beutet die Fahrer nach Strich und Faden aus.» Und er sagt auch, wie. Etwa durch das Vermitteln von Fahrten, die sich nicht lohnen. Einmal habe ihn die App zu einem Fahrgast im hintersten Winkel eines Dorfes in der Agglomeration geschickt. Erni: «Wohin ein Gast gefahren werden möchte, erfährt man bei Uber erst, wenn dieser einsteigt. Und der wollte nur zum Bahnhof. Im gleichen Dorf.» Das kostete ihn den Uber-Mindestpreis von 6 Franken, Erni erhielt davon 4 Franken 56. Er sagt: «Dafür bin ich fünf Kilometer hingefahren und

Stundenlohn: 11 Franken 80

So wenig verdiente Stefan Erni* als Uber-Fahrer in einem Monat:

	CHF
Umsatz (Fahrpreise)	6299.30
Provision Uber	- 1696.10
Autokosten (4216 Kilometer zu 55 Rappen)	- 2318.80
Monatslohn brutto	2284.40
Arbeitszeit (Stunden)	193,6
Stundenlohn brutto	11.80

Die Messung fand im Februar 2020 statt, also vor Ausbruch der Coronakrise. Seither sind die Umsätze von Taxifahrerinnen und Uber-Fahrern massiv eingebrochen.

musste dann wieder leer in die Stadt zurück. Da zahlt der Fahrer drauf, anstatt etwas zu verdienen.»

Zwar kann er als Fahrer auch Aufträge ablehnen. Aber dann muss er damit rechnen, dass die App ihn für weitere Aufträge sperrt. Volles Risiko für Erni, garantierter Profit für Uber.

Auch in einem anderen Fall, den Erni bei seinem Undercover-Einsatz erlebt hat: «Ich traf am Abholort ein und meldete das dem Fahrgast via App. Der schrieb zurück, er komme gleich.» Aber nichts passiert. Nach zwei Minuten schreibt der Gast erneut: «Warten Sie noch, ich komme.» «Ok!» schreibt Erni zurück. Und wartet. «Nach nochmals fünf Minuten erschien die Mitteilung auf der App: Kunde hat die Fahrt storniert.» Erni

bekam von Uber eine Vergütung von gerade mal 5 Franken 50. Als Entschädigung für die Anfahrt und Wartezeit sei dies in keinem Fall ausreichend, sagt er.

VERSCHWUNDENE KUNDEN

Oder die Kundschaft verschwindet einfach. Mehrmals habe Taxifahrer Erni erlebt, dass die App ihn zu einem Treffpunkt lotste, und bei Ankunft fehlte von der Person jede Spur. Das Problem, so Erni: «Uber macht es den Leuten zu leicht, einen Auftrag zu stornieren.» In den ersten fünf Minuten ist das kostenlos. Will heissen: Der Fahrer verdient nichts. Ihm bleibt nur den Ärger. Und ein Benzintank, den er schon bald wieder füllen muss. Auf eigene Kosten.

Coronakrise: Uber führt Fahrer in die Irre

Die Coronakrise trifft Uber-Fahrerinnen und Taxichauffeure gleichermaßen brutal. Roman Künzler, Verantwortlicher Transport bei der Unia, weiss es genau: «Sie haben zwischen 80 und 95 Prozent ihres Einkommens verloren.»

Per E-Mail macht Uber jetzt seinen Fahrerinnen und Fahrern weis, sie hätten Anrecht auf «staatliche Unterstützung». Genauer gesagt, auf den Corona-Erwerbsersatz für Selbständige. Wörtlich schreibt

Uber: «Wende dich an deine kantonale Ausgleichskasse, um den Erwerbsersatz zu beantragen.» Doch das ist falsch.

UNSELBSTÄNDIG.

Mike Oberholzer von der Ausgleichskasse Basel-Stadt schreibt work auf Nachfrage: «Die AHV betrachtet Uber-Fahrer als Unselbständig-erwerbende. Deshalb erhalten sie keine Corona-Entschädi-

gung.» Gleich antworten die Ausgleichskassen von Bern und Zürich.

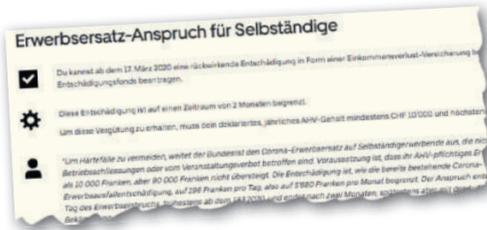
Schon 2016 entschied die Suva, dass das Fahren für Uber eine unselbständige Tätigkeit sei. Seither haben meh-

rere Gerichte dies bestätigt. Doch weil Uber alle Urteile weiterzieht, ist die Frage immer noch nicht rechtskräftig geklärt.

Unia-Mann Künzler kritisiert den Dumping-Fahrdienst: «Uber weiss genau, dass die Ausgleichskassen den Fahrerinnen und Fahrern keine Entschädigung auszahlen werden. Einmal mehr führt der

Konzern seine Mitarbeitenden bewusst in die Irre.»

Als von der Krise Betroffene hätten die Uber-Fahrer allerdings Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung. Aber nur, wenn Uber diese beantragt. Künzler hat den Konzern im Namen der bei der Unia organisierten Uber-Mitarbeitenden aufgefordert, genau dies zu tun. Mit einem eingeschriebenen Brief. Uber hat darauf bisher jedoch nicht reagiert. (che)



ILLU: ROLF WILLI

Die Briefträgerin & der neue GAV

Lesen können ist eines. Das Gelesene verstehen ein zweites. Das Verstandene deuten etwas drittes. Dies gilt insbesondere für juristische Schriften wie den neuen Gesamtarbeitsvertrag Post. Die Gewerkschaft Syndi-



Bärtschi-Post
Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

com und die Post – die «Sozialpartner», die genaugenommen Sozialpartnerinnen sind – sind sich einig: Die Verhandlungen waren zäh, aber der neue GAV ist ein Erfolg! So kommt es auch

Die Briefträgerin unterschreibt fast fröhlich den neuen Post-GAV.

der Briefträgerin vor und – laut einer Mini-Umfrage – ihren Kolleginnen und Kollegen. Der GAV tritt 2021 für drei Jahre in Kraft. Syndicom hält die sechs wichtigsten Neuerungen in einem Faltblatt fest: Fixe freie Tage für Teilzeitangestellte. Die Treueprämie ab 20 Dienstjahren wird verdoppelt. Zeitsaldierung zweimal jährlich – und mehr ganze freie Tage. Temporäre nach 10 Monaten fest angestellt. Mehr Rechte für werdende Mütter und Väter. Fairer GAV-Beitrag.

ZUGEHÖRIGKEITSGEFÜHL. Die Personalchefin der Post setzt sich nach eigenen Worten «seit Jahren» für Gleichstellung ein, «unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Sprache, Kultur, Lebensform, der sexuellen Orientierung oder anderen sichtbaren und unsichtbaren Merkmalen». In einem Interview auf der Post-Internetseite führt Valérie Schelker weitere Verbesserungen im neuen GAV an: Das «Recht auf Nichterreichbarkeit», «Lohntransparenz», «Lohn-gleichheit». Und: «Wir dulden keine Form der Diskriminierung!»

Fast fröhlich bestätigte die Briefträgerin mit ihrer Unterschrift, dass sie den neuen GAV einsehen konnte und mit den neuen Anstellungsgrundlagen einverstanden sei. In den letzten Jahren hatte sich bei ihr – und laut der Mini-Umfrage auch bei anderen – der Eindruck verstärkt, dass die Post die Schraube ihren Mitarbeitenden gegenüber immer fester anziehe. Der «Postautobschiss» dann bescherte ihrem Zugehörigkeitsgefühl zur gelben Riesin einen weiteren Knacks. Nun aber der neue GAV – der Briefträgerin wird beim Gedanken an ihre Arbeitgeberin warm ums Herz wie lang nicht mehr.

Hilfe für die Kleinen und Normalverdienenden verweigert, verzögert, verkleinert

Die Rechten lassen Corona-Geschädigte im Stich

Die Krisenpolitik des Bundesrates war wirtschaftlich teilweise mutig. Jetzt hat im Parlament wieder die rechte Mehrheit das Sagen. Und macht die Menschen ärmer.



CLEMENS STUDER

Der Bundesrat hat in der Coronakrise vieles richtig gemacht. Auch wirtschaftspolitisch. Und vor allem auch auf Druck der Gewerkschaften: Er weitete die Kurzarbeit aus, verlängerte die Taggeldbezugsdauer in der Arbeitslosenversicherung und beschloss ein Nothilfepaket für Selbständige. Dieses ist nun Ende Mai ausgelaufen – zusammen mit den Lockdown-Lockerungen.

Der Bundesrat hat aber auch vieles (noch) nicht ganz richtig gemacht. So ist zum Beispiel die Lohnkürzung von 20 Prozent für Lohnabhängige in Kurzarbeit immer noch in Kraft. Das schwächt die Kaufkraft und damit die Binnenwirtschaft. Denn einen Fünftel weniger verfügbares Einkommen zu haben ist gerade für kleine und mittlere Einkommen eine riesige Belastung. Und gerade diese Einkommensklassen sind von der Kurzarbeit überdurchschnittlich betroffen. Rund die Hälfte der Kurzarbeitenden arbeiten nämlich in den Branchen mit den tiefsten Löhnen. In den Branchen mit den höchsten Löhnen gibt es hingegen kaum Kurzarbeit. Das hat Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, bereits im work vom 30. April belegt (nachzulesen hier: <https://rebrand.ly/1x1>).

Ebenfalls ein Ärgernis ist, dass Firmen, die von den Bundesmilliarden profitieren, keine Arbeitsplatzgarantie abgeben müssen. Das ist dringlich, denn die Arbeitslosenzahlen explodieren: Im Mai waren

156 000 arbeitslose Menschen bei den RAV gemeldet. Die Folgen der Coronakrise erschweren auch die Stellensuche. Im Mai ging die Zahl der offenen Stellen im Vergleich zum Vorjahr um über 50 Prozent zurück.

UMLEITUNG I: DIVIDENDEN

Eine Unverschämtheit ist, dass sich Firmen, die die Löhne ihrer Mitarbeitenden ganz oder teilweise von der Allgemeinheit bezahlen lassen, den Aktionärinnen und Aktionären weiterhin unbeschränkt fette Dividenden ausbezahlen können – also im Effekt Steuergelder steuerbegünstigt in die Tasche dieser umleiten dürfen. Der Versuch, dieses Unding zu stoppen, scheiterte an der rechten Mehrheit im Ständerat. Der Nationalrat hatte zugestimmt. Besonders hervorgetan hat sich der Zürcher FDPler Ruedi Noser, der auch dank den rechten Grünen von der GLP wiedergewählt wurde. Wie das Lobbying der Reichen und Superreichen lief, hat work hier beschrieben: rebrand.ly/dividendenabzocker.

UMLEITUNG II: MIETEN

Ein grosses Problem für die Mehrheit der vom Lockdown betroffenen Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden sind die Mietzinse. Die liefern trotz eingeschränkter oder gar völlig ruhender Geschäftstätigkeit weiter. Für die Löhne der Mitarbeitenden kommt

die Allgemeinheit via Kurzarbeitsentschädigung auf. Bleiben als grosser Kostenblock also noch die Mieten, Kreditzinsen und Versicherungsprämien. Wer sich als KMUler oder Gewerbetreibende einen Kredit aus dem Liquiditätsprogramm von SVP-Finanzminister Ueli Maurer holt, wird das Geld für Mieten, Versicherungen und Zinszahlungen brauchen. Es also an Immobilienhaie, Banken und Versi-

Rechte Ratsmehrheit lässt Selbständige zittern.

cherungen weiterreichen müssen. Die sind denn auch des Lobes voll für Maurers von den Banken mitgeschriebenes Programm.

KNAPP, ABER IMMERHIN

Die fortschrittlichen Kräfte wollten die Mietprobleme des kleinen und mittleren Gewerbes effizient angehen. Bereits in der Corona-Sondersession forderten sie deshalb einen Mietzinserslass für die Zeit der coronabedingten Laden- und Beizenschliessungen. Doch die «Gewerbetreibenden» stellten sich quer und schoben das Geschäft auf die lange Bank. In der laufenden Session kam es hauchdünn doch noch zu einem Kompromiss. Die Gewerbetreibenden müssen lediglich 40 Prozent der Mieten während des Lockdowns bezahlen. Bis

die Sache aber über die Bühne ist, dauert es noch Monate. Über ein entsprechendes Gesetz werden die Räte wohl frühestens im Dezember entscheiden.

BUNDESRAT HILFT NICHT

Ebenfalls am ausgestreckten rechten Arm verhungern lässt die rechte Parlamentsmehrheit die Selbständig-erwerbenden. Ihr Krisenprogramm ist seit Ende Mai ausgelaufen. Obwohl unzählige von den Kleinbetrieben, speziell aus der Kultur- und Eventbranche, weiterhin massiv unter den coronabedingten Einschränkungen leiden. Grössere Veranstaltungen sind bis mindestens August nicht in Sicht.

Die Zürcher SP-Nationalrätin und Kandidatin fürs Partei-Co-Präsidium, Mattea Meyer, reichte deshalb zwei Motionen ein, die die Lage der Selbständigen verbessern wollten. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats stimmte einer Verlängerung der Massnahmen zwar zu. Doch in der ständerätlichen Schwesterkommission lehnte eine Mehrheit aus SVP, CVP und FDP die Vorstösse ab. Auch vom Bundesrat kam keine Hilfe. Zwar wollte Innenminister Alain Berset (SP) ebenfalls eine Verlängerung. Doch Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) stellte sich quer. Gepusht von den Marktradikalen im Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), das ihm unterstellt ist.

Unia-Appell: Gegen Corona-Entlassungen, für 100-Prozent-Lohn

Trotz 60 Milliarden Franken Staatshilfe steigen die Arbeitslosenzahlen massiv. Das geht so nicht! Die Firmen erhalten Unterstützung, damit sie Jobs erhalten und die Löhne weiterzahlen. Darum darf es keine Corona-Entlassungen geben. Zurzeit sind über 1,5 Millionen Arbeitende in Kurzarbeit und bekommen nur 80 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt. Das ist für kleine und mittlere Einkommen ein grosses Problem. Das muss sich ändern.

JETZT UNTERSCHREIBEN! Die Unia hat deshalb einen Appell lanciert, der beide Missstände beheben will. Konkret:



Berufstätige mit mittleren Einkommen (bis 5000 Franken) müssen bei Kurzarbeit 100 Prozent Lohnersatz bekommen.



Die Firmen müssen mit den Bundes-Milliarden Arbeitsplätze garantieren.

Der Appell kann hier unterschrieben werden:

www.rebrand.ly/corona-appell

Stadt St. Gallen verlängert überraschend die Ladenöffnungszeiten Stapi macht vergiftetes Abschiedsgeschenk

In St. Gallen müssen die Verkäuferinnen jetzt jeden Tag bis 20 Uhr chrampfen. Das hat der Regierungsrat jetzt bestimmt – am Volk vorbei und ohne Konsultation der Sozialpartner.

RALPH HUG

Die St. Galler Lädellervereinigung Pro City hatte schon seit Monaten Druck für verlängerte Öffnungszeiten gemacht. Sie wollte die Geschäfte vor allem am Samstag länger öffnen. Jetzt ist der St. Galler Regierungsrat eingeknickt: Neu dürfen die Läden



LÄNGER SHOPPEN: Von den längeren Öffnungszeiten profitieren Migros, H & M & Co., die kleinen Lädell hingegen nicht. Fussgängerzone Multergasse in St. Gallen. FOTO: KEYSTONE

Der Trick: Die Innenstadt wird zum Tourismusgebiet.

in der Innenstadt jeden Tag eine Stunde länger, bis 20 Uhr, offen haben – auch samstags

(bisher bis 17 Uhr) – und unter gewissen Bedingungen sogar sonntags von 10 bis 17 Uhr.

Mit dem neuen Vollzugsreglement umgeht der Regierungsrat das Volk. Denn die Stimmberechtigten hätten

diese Zwängerei kaum gutgeheissen. Schon dreimal lehnten sie längere Ladenöffnungszeiten ab. Zuletzt im Jahr 2010 mit einer klaren Nein-Mehrheit von 64 Prozent.

Der Trick, den der Regierungsrat angewendet hat: Die St. Galler Innenstadt wird als Tourismusgebiet definiert. Gemäss dem kantonalen Gesetz sind dann längere Öffnungszeiten möglich. Der Gesetzgeber dachte dabei aber an Läden, die einem touristischen Bedürfnis entsprechen. Und nicht an Migros, H & M & Co. Laut Umfragen wollen aber nur Grossverleiher und Ladenketten die Liberalisierung nutzen. Für kleinere Geschäfte lohnt sich der Aufwand nicht. Und bloss weil die Migros länger offen hat, wird kein zusätzlicher Tourist nach St. Gallen kommen.

DER LETZTE COUP

An die Mehrbelastung für die Mitarbeitenden im Detailhandel verschwendete der Regierungsrat keinen einzigen Gedanken. Unia und Gewerkschaftsbund haben gegen die

längeren Öffnungszeiten protestiert und wollen sie bekämpfen. Im Kantonsparlament ist bereits ein Vorstoss mit kritischen Fragen hängig. Doch das kümmert Stadtpräsident Thomas Scheitlin (FDP)

Schon dreimal hat St. Gallen Nein gesagt zu längeren Ladenöffnungszeiten.

nicht gross. Er kann sich diesen Coup politisch leisten. Im Herbst tritt er nach zwölf Jahren im Amt ab. Die Liberalisierung erscheint so vor allem als Abschiedsgeschenk an die eigene Klientel. Und als Wahlmotor. Denn die Partei muss bei den Erneuerungswahlen vom 27. September dieses Jahres um das Stadtpräsidium bangen. Und im schlechtesten Fall verliert die FDP sogar ihren Regierungssitz.



LJILJANA STANKOVIC, alleinerziehende Mutter von vier Kindern, musste wochenlang 15,6 Stunden pro Tag putzen, auch sonntags. FOTO: STEFAN BÖSCH

Wildwest bei Putzfirma Fama: Jetzt packt Reinigungsfrau Ljiljana Stankovic (52) aus Eine Pistole statt Lohn

Nächtelang musste sie durchputzen, ihren Lohn bekam Reinigerin Ljiljana Stankovic aber nicht. Jetzt geht sie gegen die Ostschweizer Putzfirma Fama vor Gericht.

JONAS KOMPOSCH

Gäbe es eine Rangliste für wahnsinnige Arbeitsleistungen, hätte Reinigungsfrau Ljiljana Stankovic aus Rorschacherberg SG beste Chancen auf den ersten Platz. Denn die alleinerziehende Mutter von vier Kindern hat in bloss sechs Wochen ganze 468 Stunden geputzt. Das sind 15,6 Stunden pro Tag. Zumindest, wenn man mit einer normalen, fünfzügigen Arbeitswoche rechnet.

Doch bei der Reinigungsfirma Fama Facility Services GmbH herrscht eine ganz eigene Normalität. Stankovic: «Im ersten Monat habe ich komplett durchgearbeitet. Frei hatte ich nicht einmal am Sonntag.» Und dann die Arbeitszeiten: Meistens begann ihr Tag um halb zwei in der Nacht. So früh musste sie los, um mit dem alten Firmenauto rechtzeitig bis nach Aarau zu kommen. Dort war sie zuständig für die Reinigung des Clever Fit – eines Fitnesscenters, das täglich um 6 Uhr seine Türen öffnet.

ENTLASSUNG PER SMS

Nachdem der Duschbereich wieder blank und der Sportlerschweiss weggewischt war, fuhr die gelernte Haushälterin zurück in die Ostschweiz. Jeweils um 10 Uhr traf sie im Fama-Magazin in Goldach SG ein. Endlich Feierabend? Nicht für Stankovic: «Meistens hatte ich nur eine kurze Pause. Dann ging's weiter zum Chef.» Dem musste sie noch sein Büro sowie das gesamte Gebäude sauber machen. Erst am späten Nachmittag war endlich auch für Stankovic Schluss.

Das war im Frühling 2019 und dauerte sechs Wochen. Dann erhielt die Vielarbeiterin die fristlose Kündigung – per SMS. Abgeschickt hatte die Kurznachricht Fama-Boss Kutay Taylan. Ausgerechnet er warf der Festangestellten vor, zu viele Stunden gearbeitet zu haben. «Fauler hätte die Ausrufe nicht sein können», sagt Stankovic dazu, die seither arbeitslos ist. Und bald erfuhr sie den wahren Grund. Taylan hatte

nämlich ein grosses Problem: Sämtliche seiner sechs Mitarbeitenden verweigerten die Arbeit, da sie seit Wochen keinen oder zu wenig Lohn erhielten. Nun sollte Stankovic wieder ran. Doch die sagte: «Vergiss es!» Denn auch sie hatte von ihrem Ex-Chef nur einen Bruchteil ihres Lohnes erhalten. «Zuerst bezahlst du!» forderte sie deshalb.

BUSINESS MIT BAULÖWE

Dann machte Taylan auf Mitleid. Ihm seien die Hände gebunden, behauptete er. Denn sein wichtigster Kunde bezahle seine Rechnungen nicht. Gemeint war der Thurgauer Geschäftsmann Patrick Manser. Er hatte Anfang Jahr eine seiner vielen Firmen, die Marty Bauunternehmung AG, an die Wand gefahren, etwa 40 Arbeitern missbräuchlich gekündigt und sie um ihren Lohn geprellt (siehe Kasten). Was aber steckt hinter den neusten krummen Geschäften, in deren Zusammenhang schon wieder der Name Manser fällt?

Auf Anfrage will sich Patrick Manser nicht zur Sache äussern. Er bestätigt aber, in einem Vertragsverhältnis mit der Fama zu stehen. Der 47-jährige ist nämlich Verwaltungsratspräsident

«Meistens begann mein Tag nachts um halb zwei.»

REINIGUNGSFRAU LJILJANA STANKOVIC

der Clever Sports AG, welche die 15 Schweizer Studios des internationalen Fitnessgiganten Clever Fit betreibt. Darunter jenes in Aarau, wo Stankovic die Nächte durchputzte. Sie sagt: «Wir waren praktisch nur für Manser unterwegs.» Fama-Chef Taylan wiederum hat seine Firma in einer Manser-Liegenschaft eingemietet. «Business-to-Business» nennt er dieses Geschäftsmodell auf der Firmen-Homepage. Doch dieses scheint nur mit Wildwestmethoden zu funktionieren. So zumindest erlebte es Stankovic kurz vor ihrer Entlassung.

GANGSTER IM BÜRO

An einem Samstag musste sie noch kurz in die Firma, um Material abzuholen. Normalerweise sei am Wochenende niemand im Haus. Doch als sie das Fama-Büro betrat, sass da die Sekretärin am Computer, umgeben von drei unbekannt Typen. «Die sind alle total erschrocken», erinnert sich Stankovic, die sofort merkte, dass da was Krummes lief. Denn einer der Männer war mit

einer Pistole bewaffnet. «Du hast nichts gesehen!» habe der sie angeschnauzt und sei dann schnell gegangen. Stankovic warnt daher vor dieser Firma. Und zieht gegen sie vor Gericht. Mit Hilfe von Unia-Sekretär Lukas Auer, der gerechnet hat: Die Fama schuldet Stankovic 15 019 Franken Lohn. Mindestens noch einmal so viel haben sechs weitere Angestellte zuzute. Kutay Taylan scheint unterdessen untergetaucht, einen Termin vor der Schlichtungsbehörde liess er verstreichen und nimmt auch keine Anrufe entgegen. Aktiv ist er aber durchaus: Seine Fama hat vor wenigen Tagen den Firmensitz und den Namen gewechselt. Neu heisst die Firma Djuric Facility Services GmbH und hat offiziell nichts mehr mit Taylan zu tun.

«Einer der Männer im Fama-Büro trug eine Pistole.»

REINIGUNGSFRAU LJILJANA STANKOVIC

Baubude: Aufstand gegen Massenentlasser Manser

Der Thurgauer Unternehmer Patrick Manser (47) herrscht über rund zwanzig Firmen aus der Immobilien-, Bau-, Werkzeugs- und Fitnessbranche. Insgesamt beschäftigt er an die 500 Personen. Nicht mehr zu seinem Imperium gehört die Marty Bauunternehmung AG. Sie befindet sich seit Februar in Liquidation.

ZERSTRITTEN. Zuvor hatte sich Manser mit Firmengründer Ronny Marty (35) zerstritten und dann der gesamten Belegschaft aus heiterem Himmel gekündigt. Dabei brach der studierte Betriebswirt das Gesetz. Er hatte nämlich vorgängig weder die betroffenen Mitarbeitenden noch den Kanton informiert, wie das bei Massenentlassungen vorgeschrieben ist. Und: Er hatte nicht einmal die ausstehenden Löhne bezahlt. Von einem Sozialplan ganz zu schweigen.

ANZEIGE. Das aber liessen sich die Buezer nicht gefallen: sie organisierten mit Unterstützung der Unia eine laute Demonstration durch Arbon TG bis vor den Sitz der Manser Group AG. Der Protest zeigte Wirkung: Das Thurgauer Amt für Wirtschaft und Arbeit erstattete Anzeige gegen Manser. Ein Urteil steht noch aus. Zudem wurden verschiedene Baufirmen auf die stellensuchenden Arbeiter aufmerksam und stellten diese nach Vermittlung der Unia ein. (jok)



la suisse existe
Jean Ziegler

CHINA ÜBERNIMMT DIE UNO

Herr Yu Jianhua ist ein blitzgescheiter, humorvoller, fröhlicher Mensch. Er ist diskret und von ausgesuchter Höflichkeit. Er amtiert seit Februar 2018 als Botschafter der Volksrepublik China beim Europäischen Sitz der Uno in Genf. Die meisten seiner Vorgänger waren stramme, oft

Der internationale Einfluss Washingtons schmilzt wie Schnee im Frühling.

ziemlich brutale Parteibürokraten. Insbesondere Botschafter

Ma Zhaoxu hatte eine richtige Pitbull-Mentalität. Sobald im Uno-Menschenrechtsrat die damalige amerikanische Botschafterin ihr Referat beendet hatte, griff Ma Zhaoxu sie lautstark und häufig auch unflätig an.

SOFTPOWER. Der Übergang von Ma Zhaoxu zu Yu Jianhua entspricht einer radikalen Wandlung der chinesischen Diplomatie. Dem arroganten Grossmachtvokabular folgt die Strategie der «Softpower». In der Diplomatensprache heisst das: die Einflussnahme durch diskrete Infiltration anstelle von politischen oder militärischen Drohungen.

Als Berater des Menschenrechtsrates erlebe ich den rasant wachsenden Einfluss Chinas in den internationalen Organisationen.

«America First»: Diese Entscheidung von Donald Trump, gepaart mit seiner bodenlosen Verachtung der multilateralen Diplomatie, bedeutet eine unerwartete Segnung für die Volksrepublik. Dort, wo sich die USA zurückziehen und ihre Beiträge nicht mehr bezahlen, springt China in die Lücke. Seit 2017 haben sich die USA aus dem 2015 in Paris abgeschlossenen Klimapakt zurückgezogen. Sie haben den Nuklearvertrag mit Iran gekündigt, die Unesco, den Menschenrechtsrat, den Globalen Migrationspakt und die Spezialorganisation zur Bekämpfung von Aids (Unosida) verlassen. Die Uno-Flüchtlingshilfe für die Palästinenser (UNRWA) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erhalten aus Washington kein Geld mehr.

TRUMPS ÜBERMUT. Die Konsequenzen dieser übermütigen Selbstisolation? Der internationale Einfluss Washingtons schmilzt wie Schnee im Frühling. Trumps Entscheidung, die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, wurde 2019 von der Uno-Generalversammlung mit grosser Mehrheit verurteilt. In der Internationalen Organisation für Migration (IOM) unterlag Trumps Kandidat für die Direktion einem von China unterstützten portugiesischen Gegenkandidaten. Und an ihrer Generalversammlung im letzten Jahr wählte die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) in Rom anstelle von Trumps Mann einen chinesischen Vertreter zum neuen Generaldirektor.

Die Uno-Charta wurde in einer stürmischen Augustnacht 1941 vor der Küste Neufundlands auf dem US-amerikanischen Kreuzer Augusta von Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt entworfen. Sie ist ein Erbgut westlicher Zivilisation, genauer: der europäischen Aufklärung. China ist Lichtjahre von einem demokratischen Rechtsstaat entfernt. Ihre «Softpower» ist lebensbedrohend für die Uno.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Solidarität in der EU Die geizigen Vier

Hier die blonden Nordländerinnen und Nordländer, sie schufteten wie verrückt. Dort die faulen im Süden beim Dolcefarniente. So rassistisch zeichnet die holländische Zeitschrift «Elsevier Weekblad» derzeit das Problem von Europa und fordert: «Keine Sondersteuern für Südeuropa!» Wiederholt sich die Geschichte?

SCHWÄBISCHE HAUSFRAU. Vor acht Jahren sahen wir im Boulevardblatt «Bild» das gleiche in Deutsch: faule Griechinnen und Griechen, die



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

die fleissigen Deutschen melken wollen. Und Kanzlerin Angela Merkel spielte die kleine schwäbische Hausfrau, die nicht mehr ausgeben will, als sie einnimmt. Und Kassenwart Wolfgang Schäuble verhinderte eine solidarische Lösung für Griechenland. Mit dem Resultat, dass das Land jetzt auf Jahre hinaus ruiniert ist. Als einziger Triumph ihrer Totsparpolitik bleibt den rechten EU-Politikern, dass sie die linke Regierungspartei Syriza aus der Regierung kippen konnten.

ITALIEN IST POSITIVZÄHLER. Doch in der Coronakrise hat die EU-Spitze dazugelernt. Die EU-Kommission schnürt soeben ein Paket von Hunderten Milliarden Euro für den Wiederaufschwung. Massiv von Corona betroffene Länder wie Italien und Spanien sollen Unterstützung bekommen.



Titelbild der holländischen Zeitschrift «EW».

Auch Angela Merkel ist angesichts der Tiefe des wirtschaftlichen Einbruchs nun zur Erkenntnis gelangt, dass die EU nur über die Runden kommt, wenn sie ein gemeinsames Konjunktur-Anschubprogramm auflegt. Aber genau das wollten die Regierungen der Niederlande, von Österreich, Dänemark und Schweden verhindern. Sie nennen sich die «sparsamen Vier» und führen nun die Politik der schwäbischen Hausfrau fort. Was sie nicht kapieren: Italien ist die drittgrösste Volkswirtschaft in der EU. Geht das Land bankrott, ist das für alle in der EU eine Katastrophe. Und Italien lag der EU in den letzten Jahren nie auf dem Geldsack. Im Gegenteil: Es hat immer mehr in die EU-Töpfe einbezahlt, als von dort zurückfloss.

PEINLICHES BÜNDNIS. Die «geizigen Vier», wie sie korrekterweise heissen sollten, können das Milliardenpaket der EU wohl kaum verhindern. Bereits buchstabieren Dänemark und Schweden zurück. Peinlich genug, dass sich ihre sozialdemokratisch geführte Regierungen den Reaktionen aus den Niederlanden und Österreich angeschlossen hatten.

UNIA online



FOTO: MARTINAN / ISTOCKPHOTO.COM

AHV x 13-Initiative jetzt unterschreiben

Nach zwei Monaten Stillstand sammeln wir wieder für die Gewerkschaftsinitiative «AHV x 13 – für ein besseres Leben im Alter». Gerade in Krisenzeiten ist eine Erhöhung der AHV-Renten dringend notwendig, um der Altersarmut einen Riegel zu schieben. So wie viele Werktätige einen 13. Monatslohn haben, sollen Rentner/-innen eine 13. AHV-Rente erhalten. Unterschreib jetzt die Initiative!

www.rebrand.ly/ahv13

Polizeilicher Rassismus ist auch in der Schweiz an der Tagesordnung «Verbrechen: Hautfarbe»

Allen Dementis der Behörden zum Trotz: Auch in der Schweiz sind Menschen mit dunklerer Hautfarbe Übergriffen und Schikanen ausgesetzt.

CLEMENS STUDER

28. Oktober 2009, Zürich: Wilson A. ist mit einem Kollegen auf dem Heimweg. Sie werden von Polizisten kontrolliert und aus dem Tram geholt. Die Polizisten spraysen Wilson A. Pfefferspray ins Gesicht, werfen ihn zu Boden, schlagen ihn. Ein Polizist sagt: «Scheissafrikaner, geh zurück nach Afrika!» Wilson A. erklärt den Beamten, dass er einen Herzschrittmacher trage. Nach der «Polizeikontrolle» muss Wilson A. notfallmässig ins Spital. Die Ärztinnen und Ärzte beschreiben einen gebrochenen Lendenwirbel, Prellungen im Gesicht und am Hals, eine Zerrung am Oberschenkel und eine Meniskusverletzung.

Untersuchungen und Prozesse schleppen sich dahin.

Die Zürcher Justiz untersucht halbherzig, stellt das Verfahren mehrere Male ein. Das Bundesgericht zwang die Staatsanwaltschaft dann zur Anklageerhebung. Neun Jahre nach dem Vorfall sprach das Bezirksgericht Zürich alle drei Polizisten frei. Der Fall ist vor dem Obergericht hängig. Die Beamten sind weiter im Dienst.

28. Februar 2018, Lausanne: Sechs Polizisten packen Mike Ben Peter, traktieren ihn mit den Knien, spraysen ihm Pfefferspray ins Gesicht, werfen ihn bäuchlings zu Boden. Fünf Beamte knien minutenlang auf seinen Rücken und ziehen ihm die Beine hoch. Mike Ben Peter erleidet einen Herzstillstand



ÜBERGRIFFIG: Rassismus ist unter Polizistinnen und Polizisten in der Schweiz weit verbreitet. Meistens kommen sie aber ungeschoren davon. FOTO: KEYSTONE

und stirbt 12 Stunden später im Spital. Die Polizei nannte das «eine Präventivkontrolle gegen den Strassendeal». Die Autopsie ergab: Mike Ben Peter hatte keine Drogen im Blut. Hingegen waren sein Körper und seine Genitalien von Blutergüssen übersät. Die Beamten sind immer noch im Dienst. Die Untersuchung schleppt sich hin, ein Prozesstermin ist noch nicht angesetzt.

Das sind bloss zwei besonders drastische Fälle von Polizeiübergriffen und Schikanen gegen Menschen, deren Hautfarbe dunkler ist. Racial Profiling, also Polizeikontrollen alleine aufgrund der Hautfarbe, ist in der Schweiz an der Tagesordnung. Selbstverständlich dementieren das sämtliche Polizeikorps. Einige haben sich sogar schöne Leitbilder gegeben, in denen Racial Profiling abgelehnt wird. Allerdings nützen schöne Worte herzlich wenig, weil die Einsatzdoktrin immer auch noch einen Gummiparagraphen hat. «All-

gemeine polizeiliche Erfahrung» zum Beispiel. Und die «allgemeine Erfahrung» vieler Beamten besteht darin, dass dunkelhäutige Menschen «kriminell» seien.

IMMER IN ANGST

«Farbige» werden mehr kontrolliert als «Weisse». Und die Kontrollen sind ruppiger. Dabei spielt es keine Rolle, wie sie angezogen sind oder wie sie sich verhalten. So erwischte es am 27. Mai 2015 den FCZ-Fussballer Yassine Chikhaoui auf der Zürcher

Die wenigsten Übergriffe der Polizei kommen vor Gericht.

Bahnhofstrasse. Er war zusammen mit seiner Frau am Shoppen. Unvermittelt treten Polizisten auf den 28jährigen zu, werfen ihn bäuchlings zu Boden – vor den Augen seiner Frau und von Passanten. Die Polizisten legen ihn in Handschellen und bringen ihn

auf die Polizeiwache. Als die Beamten merken, wen sie da «abgezügelt» haben, sagen sie: «Alles ein Irrtum, wir dachten, er sei ein Taschendieb.» Später wird die Polizei festhalten: «Gestützt auf die Rechtsgrundlagen sind die Polizisten korrekt vorgegangen.»

JUSTIZ-KUMPANEI

Die wenigsten Polizeiübergriffe kommen vor ein Gericht. Die meisten Betroffenen haben Angst vor weiteren Nachteilen, oder es fehlen ihnen die finanziellen Mittel. Und wenn dann doch einmal eine Untersuchung geführt wird, haben es die Staatsanwaltschaften erstens nicht eilig, und zweitens ermitteln sie lieber gegen die Opfer als gegen die Täterinnen und Täter. Konsequenzen müssen deshalb die wenigsten Polizistinnen und Polizisten fürchten. Und: Sie bleiben auch während der Untersuchungen im Dienst. So wie in den Fällen von Wilson A. und Mike Ben Peter.

Rassismusopfer erzählen: «Ich frage mich: Warum passiert das alles nur mir?»

Eine sehr gute Übersicht über institutionellen Rassismus in der Schweiz bietet die vergangene Jahr von der «Kollaborativen Forschungsgruppe Racial Profiling» veröffentlichte Studie «Racial Profiling – Erfahrung. Wirkung. Widerstand». Sie enthält auch zahlreiche Erlebnisberichte. work bringt kurze Auszüge. Die Studie ist von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt worden und kann hier gratis heruntergeladen werden: rebrand.ly/racial-profiling.

«Warum nur ich? Warum passiert das alles nur mir? Du fühlst dich so minderwertig, wenn die Polizei dich kontrolliert! Ich frage mich: Wieso immer ich? Steht etwas auf meiner Stirn, dass man mich verhaften muss?»

ALI BALEWA*,
ALGERISCHER SANS-PAPIERS

«Allein die marokkanische Herkunft erweckt den Eindruck, dass du ein Dieb bist.»

TAHAR BAZNANI*,
ASYLSUCHENDER

«Und dann im Zug – ich musste schon früh alleine Zug fahren, weil ich eben in Thun zur Schule gegangen bin – haben die Kontrolleure mich irgendwie auf eine Art und Weise nach dem Billett gefragt: «Und du, hast du ein Billett?» und so, und ich habe natürlich immer eins gehabt [...], und dann war es oft so, dass ich einfach als erste kontrolliert worden bin.»

EBONY AMER*,
SCHWARZE SCHWEIZERIN

«Wir bewegen uns wie normale Menschen auf der Strasse, und sie kommen einfach zu uns und fragen nach unserem Ausweis. Der Grund ist unsere Hautfarbe.»

CABAAS XASAN*, SEIT ACHT JAHREN IN DER SCHWEIZ LEBENDER SOMALIER

«Es ist nicht normal, dass man sich in dem Land, in dem man lebt, stets als Krimineller fühlen muss. Ich komme mir immer wieder vor, als wäre ich ein schlechter Mensch.»

PHIL STEWARD*, SCHWEIZERISCH-GHANAISCHER DOPPELBÜRGER

* Alle Namen zum Schutz der Interviewten geändert



RASSISMUS TÖTET: Ein Demonstrant redet in Tucson, Arizona, auf schwerbewaffnete Polizisten ein. Im letzten Jahr kamen über 1000 Menschen in den USA durch Polizeigewalt ums Leben. Ein Viertel davon waren Afroamerikaner. FOTO: KEYSTONE

USA: Rassistische Cops und Wirtschaftspolitik

Es war Lynchmord

Amerika brennt: Weil sich Rassismus und Ungleichheit in den USA heute noch verstärken. In allen Lebensbereichen.

RALPH HUG

Fast neun Minuten dauerte George Floyds Kampf. Dann war er tot. Der Afroamerikaner erstickte unter dem Folter-Knie des weissen Polizeioffiziers Derek Chauvin. Ein Beamter, gegen den schon mehrere Klagen wegen gewalttätigen Verhaltens hängig sind. Doch der Mann blieb weiterhin im Dienst. Nach landesweiten Protesten muss sich Chauvin jetzt wegen Mordes verantworten. Doch alle Daten sprechen dagegen, dass er je bestraft wird (siehe Box).

BLACK LIVES MATTER

Scharf ist deshalb die Kritik der prominentesten Wortführerin der Protestbewegung «Black Lives Matter» (Schwarze Leben zählen). Keeanga-Yahmatta Taylor sagt: «Für Schwarze sind die USA ein gescheiterter Staat.» Er schütze sie nicht davor, dass die Polizei Jagd auf sie mache und die Täter ungestraft bleiben. «Black Lives Matter» entstand 2015 als Reaktion auf den Mord an den beiden Afroamerikanern Michael Brown in Missouri und Eric Garner in New York. Die Bewegung ist inzwischen global und prangert auch in Frankreich, Deutschland und der Schweiz rassistisch motivierte Gewalt öffentlich an.

Floyds Tod wirft ein grelles Licht auf den grassierenden Rassismus im überwiegend weissen Polizeikorps. Doch dieser ist der US-Gesellschaft tief eingeschrieben, seit vor 400 Jahren verschleppte Sklavinnen und Sklaven auf den Baumwollplantagen der Südstaaten chrapfen mussten. Lange Zeit herrschte in den USA eine Art Apartheid. Noch bis vor wenigen Jahrzehnten fielen afroamerikanische Menschen Lynchmorden zum Opfer. Zwischen 1877 und 1950 wurden fast 4000 Morde gezählt. Cornel West, einer der führenden afroamerikanischen Intellektuellen und Professor an der Universität

Princeton, zieht denn auch eine direkte Linie von diesen Lynchpraktiken zur heutigen Polizeigewalt. Er bezeichnet Cop Chauvins Tat als «Lynchmord».

WIRTSCHAFTLICHE DISKRIMINIERUNG

Die Polizeigewalt ist das eine. Die wirtschaftliche Diskriminierung der afroamerikanischen Bevölkerung das andere. Auch beim Zugang zu Bildung und Wohlstand hat sie nicht dieselben Chancen. Das zeigen neue und eindruckliche Daten der Washingtoner Denkfabrik Brookings Institute. In Minneapolis, wo George Floyd lebte, verdienen afroamerikanische Haushalte weniger als die Hälfte der weissen Haushalte. Die Hälfte der afroamerikanischen Haushalte können drei

Monate ohne Einkommen nicht überstehen. Vom Jobwachstum profitierte die dortige schwarze Gemeinschaft kaum. Auch ging die Zahl der schwarzen Hausbesitzenden seit der Finanzkrise aufs Niveau der 1960er Jahre zurück. Die Analyse hält fest: «Floyds Tod ist nicht nur ein Versagen der Polizei, sondern der ganzen US-Wirtschaftspolitik.»

RASSISTISCHE GEWERKSCHAFT

Verschärfend hinzu kommt jetzt die Coronakrise. 22,4 Prozent der Coronatoten sind Schwarze, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung nur 12,5 Prozent beträgt. Analysen führen die hohe Todesrate auch auf schlechte Unterkünfte und dicht bewohnte Wohnblocks zurück. Und afroamerikanische Arbeitnehmende werden nun zuerst entlassen und bleiben länger arbeitslos. Die Kluft zu den Bessergestellten wächst. Und das linke Economic Policy Institute bilanziert: «Der anhaltende Rassismus produziert Ungleichheiten in nahezu allen Aspekten des Lebens.» Zwar gab es in der Vergangenheit durchaus Polizeireformen. Doch sie scheiterten alle, weil rassistische Vorstellungen bereits in Gesetze ge-

Blutspur von Polizeigewalt: Sie töten straflos

George Floyd ist kein Einzelfall. In den letzten Wochen kamen auch Ahmaud Arbery in Georgia, Breonna Taylor in Louisville und Tony McDade in Tallahassee zu Tode. Alle schwarz, alle durch rassistische Polizeigewalt. Diese Fälle erregten kein Aufsehen. Denn sie sind Alltag in den USA.

RISIKO. Gemäss dem Datenprojekt «Mapping Police Violence» kamen allein letztes Jahr 1099 Menschen bei Polizeieinsätzen um, ein Viertel davon waren schwarz. Das Risiko, durch Polizistenhand zu sterben, liegt für Schwarze dreimal höher als für Weisse. Fast immer kommen die Täter straflos davon. In 99 Prozent der Fälle kommt es nicht einmal zu einer Anklage. «Das ist Staatsversagen», sagt die Kritikerin Keeanga-Yahmatta Taylor (siehe Artikel). (rh)

gossen sind. So geniessen Polizeibeamte in ihrem Kampf gegen «gefährliche Kriminelle» weitgehende Immunität. Die «Bruderschaft der Polizei», eine einflussreiche Lobby, schützt fehlbare Beamte vor Verurteilungen. Ebenso tut dies die konservative Polizeigewerkschaft. Die Politik, Schwarze vermehrt in den Polizeidienst einzubinden, hat die Gewalt nicht gebremst. Zudem haben die Polizeikorps massiv aufgerüstet.

Durch George Floyds Tod sind jetzt auch die Gewerkschaften gefordert. Demonstrierende protestierten in Washington auch vor der Zentrale des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO. Afroamerikanische Arbeitnehmende fühlen sich von ihm nicht vertreten. Dies, obwohl Präsident Richard Trumka den Mord scharf verurteilt hat. Linke Stimmen fordern schon lange eine konsequent antirassistische Ausrichtung der Gewerkschaftsarbeit. Nur so werde es Gerechtigkeit für George Floyd geben. Inzwischen haben Städte wie New York oder Minneapolis teils weitreichende Polizeireformen angekündigt.

Abfackler Donald Trump: Und immer noch der Liebling der SVP-Oberen

US-Präsident Trump schüttet literweise Öl ins Feuer, statt für Einigkeit und gegen Rassismus einzustehen. Und die SVP findet das auch noch bewundernswert.

MARIE-JOSÉE KUHN

Seit der Hinrichtung von George Floyd durch einen weissen Polizisten in Minneapolis beben und brennen die USA. Die Proteste gegen den ewigen Rassenhass des weissen Amerika brechen nicht ab. Und was tut Donald Trump, der das Land als



DER RASSIST UND DIE BIBEL: US-Präsident Donald Trump erklärt allen Andersfarbigen und Andersdenkenden den Krieg.

Präsident eigentlich zusammenhalten sollte? Er schüttet fassweise Öl ins Feuer. Er will die Armee gegen die antirassistischen Proteste losschicken. Und er fackelt das Land ab. Für ein Fotoshooting vor der St. John's Episcopal Church gegenüber dem Weissen Haus lässt er die Demonstrierenden auf dem Platz wegfegen. Mit einer Tränengas-Blendgranaten-Organie.

Dann hält er stumm die Bibel in die Höhe. Er, der Rassist und Mauerbauer. Der weisse, christliche Fundamentalist inszeniert sich als Sprachrohr Gottes. Zeigt sich seinen Anhängern als Messias und Erlöser in der von ihnen herbeigefürchteten Endzeit. In der die biblische Plage Corona übers Land gekommen ist und die Trump-Ungläubigen den Aufstand proben.

Dass er die Bibel verkehrt hält wie der Antichrist, ändert nichts an der Symbolik der Inszenierung. Es ist eine Kriegserklärung an alle Andersfarbigen und Andersdenkenden. Ans moderne und multikulturelle Amerika, gegen das er die Einhalt gebietende starke Hand erhebt.

KÖPPEL & CO.

Und wie reagiert die SVP auf diesen Auftritt ihres grossen Vorbilds? Blocher-Ziehsohn Roger Köppel eilt Trump sofort zu Hilfe – auf Twitter sondert er ab: «Unglaublich, wie die Medien auf Trump feuern. Ohne jedes Mass. Selbstverständlich muss der Präsident diese Gewaltorgie stoppen.» Mit Gewaltorgie meint der Chef des rechten Revolver-Magazins «Weltwoche» selbstverständlich nicht jene der Polizei, die nicht nur in den USA immer wieder Menschenleben fordert (siehe Seite 8). Nein, Köppel meint die antirassistischen Floyd-Proteste: «Unglaublich, wie viele Polizisten jetzt in den USA erschossen und verletzt werden», findet er. Und sein getreuer Lippenleser, Ex-SVP-Nationalrat Claudio Zanetti, retweetet das sofort. Derweil «Weltwoche»-Redaktor Alex Baur die Rede Trumps im Wortlaut verbreitet (ebenfalls auf Twitter), in der dieser die Armeemobilisierung ankündigt. Baur's Kommentar: «Eine grossartige Rede, finde ich. Ich stimme jedem Satz zu.»

Auch Christoph Blocher zeigte sich auf seinem Fernsehkanal wiederholt fasziniert von Trumps frechen Machtanmassungen. Ob so viel Bewunderung auch jetzt noch gut bei der Basis ankommt, wo Trump die Produktion von Pharmaprodukten in die USA holen will, ist ungewiss. Denn das würde die Schweiz mitten ins Pharma-Herz treffen.



REIN DEKORATIV: Auch während des Lockdowns übernahmen nur wenige Männer Haushaltsarbeiten. FOTO: KEYSTONE

Corona & Frauen: Mehr Ansteckungen, mehr Care-Arbeit, mehr Vergewaltigungen, weniger wissenschaftliche Publikationen und weniger Abtreibungen

Der Lockdown war männlich

Die Corona-Massnahmen waren wichtig und richtig. Aber sie haben die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in vielen Bereichen verschärft. Fünf Beispiele.

PATRICIA D'INCAU

Die Coronakrise ist nicht nur eine medizinische Krise, sondern auch eine ökonomische und gesellschaftliche. Sie trifft die Ärmern hart, die Reichen kaum. Migrantinnen empfindlicher als Schweizer. Und: Frauen stärker als Männer. Weil sich bestehende Ungleichheiten durch die Krise verschärfen. Und die Krisenmassnahmen deswegen nicht beiden Geschlechtern gleich viel nützen. Erste Untersuchungen aus dem In- und Ausland zeigen, welche Folgen diese Ungleichheit jetzt schon hat:

1 Der Lockdown schützte die Männer besser als die Frauen:

Der Lockdown hat den Coronavirus massiv eingedämmt. Aber er hat Männer besser geschützt als Frauen. Die Zahlen zeigen das deutlich: Bis Mitte März hatten sich mehr Männer mit dem Virus angesteckt als Frauen. **Dann kam der Lockdown und damit die grosse Umkehr: Infiziert haben sich ab da vor allem Frauen, während die Ansteckung bei Männern seltener wurde.** Nicht nur in der Schweiz, sondern europaweit.

Die Medizinerin und Geschlechterforscherin Catherine Gebhard vermutete (in der «Sonntagszeitung») gesellschaftliche Gründe: Einerseits arbeiten Frauen eher im Niedriglohnssektor, Teilzeit und in mehreren Jobs. Dadurch sind sie mehr unterwegs und

öfter mit einem wechselnden Personenkreis in Kontakt. Andererseits arbeiten Frauen häufiger in sogenannten systemrelevanten Berufen, etwa in der Pflege und im Verkauf. Während sich alle, die konnten, ins Homeoffice zurückzogen, hielten sie vor Ort die Stellung.

Ein weiterer Faktor ist die unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit. Weil die Grosseltern für die Kinderbetreuung wegfielen und Schulen und Kitas geschlossen wurden, fiel diese zusätzliche Arbeit – getreu der «traditionellen» Rollenverteilung – vor allem Frauen zu. Und zwar nicht nur in der eigenen Familie, sondern auch im engeren Umfeld. Auch das erhöht die Ansteckungsgefahr.

Insgesamt haben sich in der Schweiz im Verhältnis ein Fünftel mehr Frauen mit dem Coronavirus infiziert als Männer.

2 Die Betreuungsarbeit blieb und bleibt an den Frauen hängen:

Schulen zu, Kitas zu und die Kinder den ganzen Tag zu Hause: Von heute auf morgen mussten sich berufstätige Mütter und Väter im Lockdown neu organisieren. Jetzt zeigen erste verlässliche Zahlen aus Deutschland: **In Familien mit jüngeren Kindern haben 27 Prozent der Frauen ihr Arbeitspensum reduziert, um die zusätzlich anfallende Care-Arbeit (Homeschooling usw.) zu bewältigen. Bei den Männern waren es nur 16 Prozent.** Diese Entwicklung zeigte sich sogar dort, wo Eltern die Care-Arbeit bisher gleichmässig aufgeteilt hatten: Nur 60 Prozent der Paare taten das auch während der Krise. Bei Paaren mit dem tiefsten Haushaltseinkommen waren es nicht einmal mehr die Hälfte.

Die Coronakrise verstärkt also alte Rollenmuster. Dies hat auch mit handfesten ökonomischen Zwängen zu tun. Denn: Männer verdienen nach wie vor mehr als Frauen. Gerade Familien mit wenig Geld können es sich deshalb schlicht nicht leisten, auf den

höheren Männerlohn zu verzichten. Und diese alten Muster werden sich jetzt, wo wir in eine Rezession reinrutschen, noch zuspitzen: Die Frauen werden die ersten sein, die entlassen, und die letzten, die wieder eingestellt werden (siehe «Die Krise ist weiblich»).

In der Schweiz fehlen die Daten zur Betreuungsarbeit während Corona. Weil sie nicht erhoben werden. Hinweise könnten Zahlen der Ausgleichskassen und des Bundes bringen. Denn Mütter und Väter, die ihr Arbeitspensum wegen Betreuungsaufgaben reduzieren mussten, konnten Erwerbsersatz beantragen. Rund 7100 Gesuche wurden bisher bearbeitet, weitere sind noch hängig. work wollte wissen, wie viele davon von Frauen und wie viele von Männern eingereicht wurden. Die lapidare Antwort des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV): «Dazu haben wir keinerlei Daten.»

3 Die Gewalt gegen Frauen nahm zu:

In der Coronakrise stieg die Gewalt gegen Frauen weltweit explosionsartig an. Denn im Lockdown sasssen Opfer und Täter zusammen zu Hause fest.

In der chinesischen Provinz Hubei verdreifachten sich die Meldungen zu häuslicher Gewalt. In Grossbritannien nutzten in der letzten Märzwoche 40 Prozent mehr Menschen den Onlinehilfe-Chat der Organisation «Women's Aid», und in Italien verzeichnete die Organisation «D.i.RE» 74 Prozent mehr Meldungen von gewaltbetroffenen Frauen. Eine erste Umfrage aus Deutschland zeigt zudem: 3,6 Prozent aller Frauen wurden während des Lockdowns von ihrem Partner vergewaltigt.

In der Schweiz füllten sich die Frauenhäuser vor allem am Anfang rasant. Danach blieb es verdächtig still. Fachfrauen sagten aber voraus, dass sich viele Betroffene vermutlich erst später melden würden, weil die Kontrolle durch die Männer während des Lockdowns noch stärker ist. Erste Zahlen bestäti-

gen diese Prognose jetzt: Bei der Opferhilfe beider Basel meldeten sich mittlerweile 28 Prozent mehr betroffene Frauen als im Vorjahr. Und die Anrufe nahmen weiter zu. Dass nun das ganze Gewaltausmass ersichtlich wird, ist aber unrealistisch. Wahrscheinlicher ist, dass die ohnehin schon hohe Dunkelziffer in der Coronakrise noch weiter angewachsen ist.

4 Die Wissenschaft wurde (noch) männlicher:

Nur sechs Wochen nach dem weltweiten Beginn der Corona-Massnahmen stellten Herausgeberinnen und Herausgeber von internationalen Wissenschaftsjournals einen Trend fest: **Plötzlich reichten Frauen weniger Artikel zur Publikation ein als Männer.** In der – ohnehin männlich dominierten – Astrophysik ging die Produktivität von Frauen um die Hälfte zurück. Selbst in den Sozialwissenschaften, wo Frauen vergleichsweise besser vertreten sind, blieben weibliche Beiträge plötzlich aus. Ein anderes Phänomen stellte hingegen ein politikwissenschaftliches Magazin fest: **Dort nahmen die Beiträge von Frauen zwar nicht ab, aber Männer reichten plötzlich doppelt so viele Arbeiten ein wie vorher.**

In den Wirtschaftswissenschaften wird aktuell besonders viel publiziert, im Zusammenhang mit den ökonomischen Auswirkungen des Coronavirus. Gerade für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kann eine Covid-19-Veröffentlichung ein Sprungbrett sein. Doch: Satte 88 Prozent der bisherigen Corona-Publikationen weltweit stammten von Männern. Das sind rund 10 Prozent mehr als sonst. Die Gründe für den geschmäleren Frauenanteil: Auch Akademikerinnen kümmern sich öfter um Haushalt und Kinder als Männer und sind nun zu Hause noch stärker eingespannt. Ausserdem sind Akademikerinnen in ihrem Arbeitsalltag häufiger in der Lehre tätig und

müssen sich jetzt mit dem Fernunterricht herumschlagen. Während ihre männlichen Kollegen öfter in Führungspositionen sitzen und organisatorische Entscheidungen treffen. Etwa über Budgets und Personaleinstellungen. Wegen der Corona-Schliessungen im Bildungs- und Forschungswesen nimmt diese Arbeit tendenziell ab. Und Mann hat mehr Zeit, um mit Publikationen zu brillieren.

Die langfristigen Folgen davon: Die Wissenschaft wird wieder noch männlicher.

5 Die Rechte der Frauen wurden eingeschränkt:

Lange verharmlosten US-Präsident Donald Trump und seine Gefolgsleute den Coronavirus. Nur eine «normale Grippe» sei das. Dann legten sie eine 180-Grad-Wende hin und entdeckten, dass sie den Virus ja für die eigenen politischen Zwecke nutzen könnten. Zum Beispiel gegen das Recht auf Abtreibung: **Unter dem Deckmäntelchen der Corona-Bekämpfung schränkten elf republikanisch regierte Bundesstaaten das Abtreibungsrecht ein.** Texas verhängte für einen Schwangerschaftsabbruch eine Strafe von 1000 Dollar oder 180 Tage Gefängnis. Weil Abtreibungen «nichtessentielle medizinische Eingriffe» seien und verschoben werden könnten. Im Wissen, dass es für die Frauen später zu spät sein würde.

Ähnlich und doch anders macht es Polen: Dort versucht die rechte Regierung schon seit vier Jahren das – ohnehin schon eingeschränkte – Abtreibungsrecht zu kippen. Bisher scheiterte sie an den Massenprotesten der Bevölkerung. Als den Massenprotesten der Corona-Ausgangssperre nicht mehr stattfinden durften, witterten die Rechten Morgenluft. Und setzten das neue Abtreibungsverbot kurzerhand wieder auf die Beschlussliste. Weil ihre Gegnerinnen und Gegner aber auch jetzt Mittel und Wege fanden zu protestieren, wurde das Vorhaben vorerst wieder auf Eis gelegt.

Frauen & Corona: Als erste entlassen, als letzte wieder eingestellt Die Krise ist weiblich

Die Rezession, in die wir jetzt rutschen, ist eine «Sie-Rezession». Denn sie trifft die Frauen zuerst und mehrfach.

PATRICIA D'INCAU

Die Frauen führten durch die Coronakrise und garantierten die Grundversorgung für alle: Die Verkäuferinnen, die die leergefegten Regale einräumten. Die Pflegerinnen, die mit immer weniger Schutzmasken immer länger durchhielten. Und als die Schulschliessungen kamen, waren es die Mütter, die neben ihrer bezahlten Arbeit den Grossteil des Heimunterrichts stemmten (siehe Artikel links). Jetzt kommt die Rezession. Und es sind weltweit mehrheitlich Frauen, die ihre Jobs verlieren.

«ZWEITVERDIENERINNEN»-MODELL

Die US-Tageszeitung «New York Times» nennt die aktuelle Wirtschaftslage eine «Shecession», eine «Sie-Rezession». Also eine Rezession, die vor allem die Frauen trifft. Und diese ist in den USA schon brutale Realität. Von den 36,5 Millionen Menschen, die innert nur zweier Monate ihre Stellen verloren haben, sind 55 Prozent Frauen. Gastroangestellte, Kosmetikerinnen, Verkäuferinnen – sogar Pflegerinnen und Ärztinnen. Denn: Diese Krise trifft zuerst und am härtesten die Dienstleistungsbranchen. Und dort arbeiten vor allem Frauen.

Auch in der Schweiz. Rund zwei Drittel der Detailhandelsangestellten sind weiblich, im Gastgewerbe sind es 56 Prozent. Und auch wenn die Kurzarbeit den Entlassungs-Tsunami (noch) etwas eingedämmt hat, zeigen die Statistiken klar: Die Krise trifft auch hier die typischen «Frauenbranchen» am stärksten – und die Arbeitenden finanziell hart. Denn: Wer in den Dienstleistungsbranchen nur noch 80 Prozent des bisherigen Lohns erhält, kommt oft kaum mehr über die Runden. Weil die Löhne dort ohnehin schon niedrig sind (siehe «1 x 1 der Wirtschaft», Seite 14).

In der weltweiten Finanzkrise von 2008 war die Situation anders: Damals traf der grosse Crash die besser bezahlten «Männerdomänen» als erstes, allen voran die Exportindustrie. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) stellte jedoch einen bemerkenswerten Effekt fest: In der Finanzkrise ging die Beschäftigung in der Metall- und Maschinenbranche bei den Frauen stärker zurück als bei den Männern. Die naheliegende Vermutung:



CRASH-ERPROBT: Colffeußen haben ohnehin einen harten Job, mit der Coronakrise wird er jetzt noch härter. FOTO: KEYSTONE

Frauen werden in Krisen als erste entlassen und als letzte wieder eingestellt. Besonders trifft es Migrantinnen.

Zumindest international ist das mittlerweile belegt: Kurz vor der aktuellen Coronakrise veröffentlichte ein US-Forschungsteam in der «Cambridge University Press» eine Studie, für die es Daten vergangener Krisen aus 68 Ländern ausgewertet hat. Es stellt fest, dass sich selbst in fortschrittlichen Staaten in Krisenzeiten die Idee durchsetzt, dass «Männer ein grösseres Recht auf einen Job haben als Frauen». Und: In vielen Unternehmen werden Frauen nach wie vor als «Zweitverdienerinnen» gesehen. Und darum als erste geschasst, wenn Krise ist. Doch es ist nicht «nur» das.

DIE KRISE NACH DER KRISE

Selbst in jenen Krisen, in denen Frauen von der ersten Entlassungswelle verschont bleiben

als die Männer, treffen sie die sogenannten nachgelagerten Effekte wie zum Beispiel staatliche Sparmassnahmen tendenziell härter, weil mehrfach.

Staatliche Sparpakete bedeuten meist einen Abbau im Gesundheits- und Betreuungsbereich, im Bildungssektor und bei den Sozialleistungen. Das spüren Frauen ganz direkt. Denn Kürzungen in der Kinderbetreuung oder in der Pflege haben zur Folge, dass vor allem Frauen diese Lücke in ihrem privaten Umfeld füllen und im Berufsleben zurückstecken müssen. Streichungen bei den Sozialleistungen treffen Frauen ebenfalls überproportional. Sie sind etwa wegen tieferer Löhne eher auf staatliche Unterstützung angewiesen. In der Schweiz sind 60 Prozent jener Personen, die Ergänzungsleistungen (EL) beziehen, weiblich. Anders als in der Finanzkrise von 2008 trifft die Coronakrise die Frauen jetzt schon

von Anfang an und nicht erst «nachgelagert». Auch weil sie Teilzeit arbeiten. Und Firmen Teilzeitjobs zuerst streichen. Es ist deshalb umso dringender, dass sie bei den Konjunkturmassnahmen mitreden und mitentscheiden können. Das fordern nun über 50 Frauenorganisationen von links bis bürgerlich. Mit einem breit abgestützten Appell (**rebrand.ly/frauen-appell**) machen sie klar: «Der Bundesrat und das Parlament stehen in der Verantwortung, die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise für alle abzumildern.» Auch für die Frauen. Dafür müsse ihre spezifische Situation berücksichtigt werden. Doch in den Corona-Entscheidungsgremien sitzen bisher fast nur Männer (siehe Artikel unten).

Corona trifft vor allem typische «Frauen-Branchen».

Das Corona-Management des Bundes hat ein Geschlechterproblem Der Krisenstab ist ein Männerstab



ILLU: ROLF WILLI

Zur Bewältigung der Coronakrise hat der Bundesrat einen Krisenstab eingerichtet. Und dabei die Frauen vergessen.

PATRICIA D'INCAU

«Wo sind die Frauen?» Das fragt die grüne Nationalrätin Manuela Weichelt-Picard in einem Vorstoss, den 36 weitere Nationalrätinnen mitunterschrieben haben. Die Politikerinnen wollen wissen, warum in den Corona-Krisengremien des Bundes fast nur Männer sitzen. Oder eben: Wo die Frauen geblieben sind. Zum Beispiel im Corona-Krisenstab des Bundesrates. Dort werden die wichtigsten Diskussionen geführt und die Entscheidungsgrundlagen ausgearbeitet. Von Departementsmitgliedern, Mitgliedern der Bundeskanzlei und einem Kantonsvertreter. Aktuell dabei: 12 Männer und 2 Frauen.

PFLEGE UND KITAS FEHLEN. Ein krasses Missverhältnis, das vor Augen

führt: die Machtpositionen sind noch immer grösstenteils in Männerhänden. Neu ist das nicht. Nur fällt das während der aktuellen Coronakrise gerade besonders auf. Schliesslich wurde da plötzlich sichtbar, wie viel von den Frauen abhängt. Im Verkauf etwa, in der Pflege und in der Kinderbetreuung.

Satte 69 Prozent des Arbeitsvolumens in der Schweiz werden im Sorge- und Versorgungssektor geleistet. Frauen stemmen rund zwei Drittel dieser Arbeit. Schlecht bezahlt oder ganz ohne Lohn.

Trotzdem sind ausgerechnet diese systemrelevanten Branchen in keinem der vielen Corona-Gremien des Bundes vertreten. Im Gegensatz zu den Verbänden von Swissmem bis Swiss Textiles einschliesslich Ecomieuisse-Boss Heinz Karrer. Und während bei der grossen bundesrätlichen Geldverteilung selbst die Winkler 10 Millionen einstrichen, bekommen die Pflegerinnen und Pfleger:

rein gar nichts (siehe **rebrand.ly/corona-kassierer**). Noch nicht einmal eine Corona-Gefahrenzulage stand zur Debatte. Während Teile des Gesundheitsschutzes ungenügend ausgehebelt wurden.

Ähnlich wäre es fast auch den Kitas ergangen. Obwohl sie der Bundesrat bei der Lockdown-Verkidung Mitte März als systemrelevant

Die systemrelevanten Branchen sind in den Corona-Gremien des Bundes nicht vertreten.

bezeichnete: finanzielle Hilfe sollten sie keine bekommen. Das Parlament korrigierte das nachträglich, jetzt fließen 65 Millionen Franken. Doch dieser Betrag wird vermutlich nicht reichen. Gemäss Schätzungen sind 200 Millionen Franken nötig, um die finanziellen Ausfälle zu kompensieren. Kommt es zu Konkursen, wird

das Betreuungsnetz für Familien noch löchriger, als es sowieso schon ist.

ZEHN SITZE GEFORDERT. Kein Wunder finden da jetzt viele Frauen: «So nicht!» Über 50 Frauenorganisationen von links bis bürgerlich forderten Ende Mai in einem Appell von Bundesrat und Parlament, die Frauen endlich zu berücksichtigen. (siehe Artikel oben) Am 18. Juni will der Nationalrat nun eine Gleichstellungsdebatte führen.

Weil das nicht reichen wird, legen die Frauenstreik-Aktivistinnen jetzt nach. In einem Brief fordern sie den Bundesrat dazu auf, im Krisenstab zehn zusätzliche Sitze zu schaffen (**rebrand.ly/krisenstab**). Und mit Expertinnen zu besetzen. Denn: «Die Männer managen die Krise an uns vorbei.»

Mitreden und mitentscheiden sollen vor allem auch jene, die für die Krisenbewältigung zentral waren

workfrage: Braucht es jetzt mehr Frauen in den Corona-Krisenstäben?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

und sind. Etwa aus dem Gesundheitsbereich, der Gastrobranche, dem Detailhandel und der Reinigung. Bisher hat sich der Bundesrat dazu nicht geäussert. Doch für die Frauen ist klar: «Ohne uns geht es nicht.»

Gegen Arbeiter-Abschieber und Sozialabbauer. Immer!



work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch



Der neue Chef der Gewerkschaft Verdi ist wütend:

«Applaus war gestern, jetzt ist wieder der Tritt in den Hintern angesagt!»

BÜEZER: Frank Werneke (53) ist seit September 2019 Vorsitzender der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Nach seiner Ausbildung zum Verpackungsmittelmechaniker beginnt seine Gewerkschaftslaufbahn. Werneke ist SPD-Mitglied. FOTO: VERDI

Harte Zeiten für die Arbeitnehmenden und harte Zeiten für die Gewerkschaften: An der Coronakrise werden alle noch lange zu kauen haben. Weshalb und wie wir da rauskommen, erklärt Frank Werneke, Chef der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft Verdi.

INES WALLRODT*

Alle reden jetzt von der Wertschätzung von Detailhandelsbeschäftigten, Pflegerinnen und Erzieherinnen. Hilft das Gewerkschaften, bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen?

Ich will mich gerne von etwas anderem überzeugen lassen, vielleicht bin ich zu pessimistisch: Aber meine Vermutung ist, dass all das, was jetzt im Brennglas ist – die Finanzierung des Krankenhausesektors, die Arbeitssituation in der Altenpflege, die vertragslosen Unternehmen im Einzelhandel, Minijobberinnen und Minijobber, die jetzt ohne Absicherung dastehen –, sehr schnell wieder in Vergessenheit gerät.

Die neue Wertschätzung bringt also wenig bis nichts, um gute Arbeit durchzusetzen?

Zumindest gibt es keinen Automatismus. Aus Dankbarkeit passiert gar nichts. Und es gibt gerade den Eindruck: Applaus war gestern, jetzt ist wieder der Tritt in den Hintern angesagt.

Sie meinen die Debatte um eine zu hohe Staatsverschuldung wegen Corona?

Ich meine die Diskussion in Teilen der CDU und CSU und bei der Arbeitgebervereinigung BDA, die anstehende Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auszuhebeln. Und ich denke an die Forderung, die geltenden Notfallregelungen zur Arbeitszeit einfach fortzuschreiben. Das macht mich wirklich wütend. Aufgrund der Coronakrise wurde das Arbeitszeitgesetz ausgehebelt. Dadurch sind Zwölf-Stunden-Schichten, die Reduzierung der Ruhezeit auf neun Stunden, Wochenendarbeit im Bereich Logistik, im Ge-

sundheitswesen und in anderen Bereichen möglich gemacht.

Es war von Anfang an klar, dass es schwierig werden kann, Verschlechterungen wie kürzere Ruhezeiten wieder zurückzudrehen. Hat sich Verdi überrumpeln lassen?

Uns ist es gelungen, die Notfallregelungen zeitlich zu befristen, sie gelten bis zum 31. Juli. Gesetzlich wäre auch der 31. Dezember möglich gewesen. Wir fordern jetzt, dass sämtliche Notfallregelungen, die Arbeitnehmerrechte beschneiden, spätestens zum Beginn des Sommers ausser Kraft gesetzt werden müssen.

Während des Lockdowns waren die Gewerkschaften präsent. Rennen Ihnen die Leute jetzt die Bude ein?

Nein, aber das ist auch nicht überraschend. Wir haben weniger Eintritte. Sind es in einer normalen Woche etwa 2500, sind es jetzt 1600 oder 1700. Wir haben aber viel weniger Austritte. Auch da hat sich die Zahl um ungefähr 1000 pro Woche reduziert. Unsere zentrale Botenschaft in den ersten Tagen des Lockdowns war: Gewerkschaft ist vielleicht so wichtig wie noch nie. Wir sind für euch da. Das konnten wir einlösen und so Mitglieder binden.

Empfinden Sie das als undankbar?

Aus Dankbarkeit wird selten jemand Mitglied. Selbst nach einem supertollen Tarifabschluss haben wir keine signifikant höheren Eintrittszahlen. Mitgliedschaft entsteht durch kontinuierliche Werbung in den Betrieben, etwa wenn es Neueinstellungen gibt. Und wenn irgendwo Action ist – eine Tarifrunde oder eine betriebliche Auseinandersetzung. Während des Lockdowns waren solche grösseren Aktivitäten nicht möglich.

Zur Action: Warum kriegen Sie in der Altenpflege die Mobilisierung von Beschäftigten nicht hin, die es in den Krankenhäusern gibt?

Mit dieser Frage habe ich mich in den letzten Wochen, in denen ich sehr oft mit beiden Beschäftigtengruppen zu tun hatte, häufig befasst. Ich glaube, dass liegt daran, dass in Kliniken die

Patientenbeziehung eine andere ist. Es gibt dort einen professionellen Umgang mit Patientinnen und Patienten, einen Umgang, der zugewandt, aber eben in der Regel auch zeitlich befristet ist. In der Langzeitpflege von alten oder behinderten Menschen entsteht eine länger anhaltende Bindung an eine Person. Das macht etwas – auch mit Blick auf eine gegebenenfalls notwendige Streikbereitschaft. Man will auf gar keinen Fall den Menschen, den man täglich pflegt, allein lassen. Stattdessen gibt es vielfach die Vorstellung: Es muss doch gesehen werden, von der Politik, der Gesellschaft insgesamt, was ich hier leiste. Deshalb muss es doch auch eine bessere Bezahlung geben. Aber so funktioniert der Kapitalismus nicht.

Was sagen Sie Pflegenden? Vergesst euer Berufsethos während eines Streiks?

Wenn wir im Gesundheitswesen streiken, ist das Patientenwohl sichergestellt. Wir haben entsprechende Konzepte und viele Erfahrungen mit Arbeitskämpfen im Gesundheitswesen. Aber machen wir uns nichts vor: Selbst wenn es uns gelänge, eine ganze Kette von Organizing-Projekten und Arbeitskämpfen zu organisieren, würde es ewig dauern, bis wir diese riesige Zahl von Langzeitpflegeeinrichtungen unter Vertrag bekämen. Gerade weil es so viele Anbieter in der Altenpflege gibt, brauchen wir in dieser Branche allgemeinverbindliche Tarifverträge und höhere Gehälter, die für alle Einrichtungen gelten; das haben die Beschäftigten verdient, und nur so kann die Attraktivität der Altenpflege gesteigert werden.

Verdi fordert wie viele andere ein Konjunkturprogramm ...

Wenn ein Konjunkturprogramm wirken soll, muss er ungefähr das Volumen von drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts haben, also zwischen 100 und 150 Milliarden Euro, da sind sich eigentlich alle Ökonomen einig, egal welcher Schule sie angehören.

Wer soll die ganzen Schulden zurückzahlen?

Infolge der Coronakrise wird die Staatsverschuldung der Bundesrepublik Deutschland steigen, ob auf 85, 90 oder 95 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist derzeit nicht der entscheidende Punkt. Im internationalen Vergleich ist dies immer noch ein niedriger Schuldenstand. Wichtig ist, dass jetzt in finanziell ausreichendem Mass gehandelt wird, insbesondere hinsichtlich eines

Pflege: VPOD fordert mehr Lohn

Zehn Prozent mehr Lohn: Das fordert die Gewerkschaft VPOD im Kanton Zürich in einem offenen Brief an den Regierungsrat. Die Forderung gilt für alle im Gesundheitswesen, die bis zu 6000 Franken im Monat verdienen. Zudem fordert der Brief die 40-Stunden-Woche (statt 42), höhere Zuschläge für die Schichtarbeit und einen Corona-Bonus von 1500 Franken. Elvira Wieggers vom VPOD: «Corona hat gezeigt, dass die Gesundheitsberufe systemrelevant sind. Die heutigen Löhne tragen dem keine Rechnung.» Das gilt nicht nur im Kanton Zürich. Es brauche überall eine Aufwertung dieser Berufe, sagt Wieggers. Neben mehr Lohn brauchten die Pflegenden auch mehr Zeit für ihre Arbeit – Spitäler, Heime und Spitex müssten also mehr Personal einstellen.

SPRUNG. Vor 19 Jahren machten die Pflege-löhne einen Sprung nach oben. Damals forderten Pflegenden im Kanton Zürich mittels Lohnklage eine Gleichstellung mit Polizisten. Sie bekamen recht und fortan höhere Löhne. Andere Kantone zogen nach. Seither habe es in der Branche keinen substantiellen Anstieg der Löhne mehr gegeben, sagt Wieggers. Im Gegenteil: «Die Fallpauschalen und die Einführung des Wettbewerbs haben im Gesundheitswesen einen permanenten Spardruck zur Folge. Und der geht voll zulasten des Personals!» (che)

Investitionsprogramms. Sicher ist: Es wäre falsch, jetzt in eine Krise hinein zu sparen. Besser ist es, auf Wachstum zu setzen, dann sinkt der Verschuldungsgrad in der Zukunft über die Jahre von allein.

Eine Autoabwrackprämie, wie sie Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Industriegewerkschaften fordern, hilft da wenig, oder?

Anders als 2009 trifft die jetzige Krise insbesondere private Dienstleistungssektoren wie die Gastronomie, den stationären Einzelhandel, Kulturveranstaltungen, Reisen und Tourismus. Da reden wir über mehrere Millionen Beschäftigte. Deshalb braucht es einen in der Breite dieser Branchen wirkenden Konsumschub. Den kann man unterschiedlich organisieren: zum Beispiel mit Konsumchecks oder Extrazahlungen für jedes Kind in Höhe von ungefähr 500 oder 600 Euro, die nicht mit Sozialleistungen verrechnet werden dürfen. Das würde in der Breite wirken.

* Dieses Interview erschien zuerst in der deutschen Tageszeitung «Neues Deutschland». work bringt es in gekürzter Fassung.

Frauenstreik-Erfolg: Schluss mit Gratisarbeit

Am 14. Juni 2019 streikten Reinigungsarbeiterinnen in Luzern. Sie forderten mehr Lohn und mehr Respekt. Ein Jahr danach wollte work von den Frauen wissen, was sie erreicht haben.

JONAS KOMPOSCH

«Dumme Kuh» war noch eine der kleineren Beleidigungen, die sich Reinigungsarbeiterinnen der Luzerner Putzfirma A&M Durães GmbH ständig anhören mussten. Bei schlechter Laune habe der Chef sie nämlich noch viel übler beschimpft – mit «sehr vulgären Worten, die in keiner Zeitung stehen sollten». Das bezeugten etliche Mitarbeiterinnen vor einem Jahr. Dann sagten sie: «Basta, es reicht!» und läuteten am frühen Morgen des

«Sexistische Sprüche lassen sich die Frauen nicht mehr gefallen.»

14. Juni 2019 den Frauenstreik in der Innerschweiz ein. Und zwar mit einem Streik im Betrieb. Zudem blockierten die Frauen auch den gesamten Firmen-Fuhrpark. Das brachte ihren Macho-Chef so richtig auf die Palme (work berichtete: rebrand.ly/ausgeputzt). Zumal



SACKSTARK: Reinigerinnen fordern ihren Macho-Chef heraus.

die Streikenden nicht nur Respekt verlangten, sondern auch erklärten, fortan keine Gratisarbeit mehr zu leisten. Denn gemäss Gesamtarbeitsvertrag stand ihnen auch für Fahrzeiten und Vorbereitungsarbeiten Lohn zu.

Der Chef tobte. Doch zuletzt blieb ihm nichts anderes übrig, als einzulenken. Denn die Polizisten, die er gerufen hatte, liessen ihn abblitzen. Streiken sei nichts Illegales, erklärten sie. Für diesen Tag war ausgeputzt. Es war Frauenstreik! Wie aber ist die Situation ein Jahr danach?

ENGER ZUSAMMENHALT. Unia-Sekretärin Ana Pica sagt: «Die Frauen haben massiv an Selbstbewusstsein gewonnen.» Pica hatte vor einem Jahr bei der Streikorganisation geholfen, danach mit der Durães GmbH verhandelt und ist noch heute eng mit den Reinigungsarbeiterinnen verbunden. Und der Umgangston in der Firma? Der habe sich zwar verbessert, lasse aber immer noch zu wünschen übrig. Doch eines sei klar, sagt Pica: «Sexistische Sprüche lassen sich die Frauen jetzt nicht mehr gefallen.» Wenn es heute Probleme gebe, stünden die Arbeiterinnen schon am nächsten Tag in ihrem Büro. «Dann suchen wir gemeinsam nach Lösungen», sagt Pica. Dabei helfe es, dass mittlerweile fast die ganze Durães-Belegschaft in der Unia organisiert sei. Und dass die Frauen seit dem Arbeitskämpfen zusammenhielten und auch ihre Freizeit oft gemeinsam verbrachten.

Der Streik vom 14. Juni 2019 macht sich aber auch im Zahltag bemerkbar. Pica: «Noch während des Streiks musste Durães in Verhandlungen einwilligen.» Später habe der Chef eine Verpflichtungserklärung unterzeichnet, auch Anfahrtswege und Vorbereitungsarbeiten als Arbeitszeit zu verrechnen. «Und das funktioniert bis heute», freut sich die Unia-Frau.

Ein Jahr danach: Das neue Frauenstreik-Buch der Unia Als die Schweiz bebte

Am 14. Juni 2019 erfasste eine lila Welle das Land. Pünktlich zum ersten Jahrestag des Frauenstreiks lässt ein neues Buch den Tag der Tage aufleben.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Laut, lila, lustvoll und lustig, ein historischer Tag! Am 14. Juni 2019 strömten über eine halbe Million Frauen auf die Strassen und Plätze der Schweiz, die grösste Mobilisierung seit dem Generalstreik von 1918. Sie veranstalteten kreative Protestaktionen, verlängerte Mittagspausen oder demonstrative Picknicks. Auf Transparenten und Plakaten war zu lesen: «Mehr Cash für Care», «Wir brauchen keine Eier, wir haben Pferdeschwänze», «Schluss mit Gratis!», «Runter mit der Tamponsteuer!», «Viva la vulva!», «Mein Körper will deine Meinung nicht», «Wir haben einen Patriarkater» und vieles, vieles mehr.

NEUE ENERGIE

Die Gewerkschaften brachten die zahlreichen und vielfältigen Forderungen auf den Punkt: «Respekt, mehr Lohn, mehr Zeit!» Ein Jahr später hallt dieser Ruf noch immer nach – und wird sogar lauter. Denn Corona hat gezeigt, dass es die Frauen sind, die uns durch die Krise tragen (siehe das Frauen-Corona-Dossier, Seiten 10–11). Doch noch immer verdienen rund 53 Prozent der Frauen in der Schweiz weniger als 4000 Franken pro Monat, etwa 70 Prozent verdienen weniger als 5000 Franken. Doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten zu einem Tieflohn. Und: Jede Berufsfrau wird in ihrem Arbeitsleben im Schnitt um über 300 000 Franken betrogen. Bloss weil sie eine Frau ist.

Pünktlich zum einjährigen Geburtstag des zweiten Frauenstreiks erscheint jetzt das Buch dazu: «Die Schweiz bebte! La Suisse bouge! La Svizzera trema!», herausgegeben von der Unia. Darin zu sehen: eine sorgfältige Auswahl grandioser Frauenstreik-Bilder. Und zu lesen: Ge-



RIEN NE VA PLUS – AUSSER FRAUENPOWER: In der Berner Marktgrasse entrollen 200 Verkäuferinnen während einer Protestpause ein Stoffband mit ihren Forderungen. FOTO: ANNETTE BOUTELLIER/LUNAX

werkschafterinnen blicken zurück und erzählen, wie sie diesen Tag der Tage erlebt haben. Den Anfang macht Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Wenn ich an den Frauenstreik zurückdenke oder die Bilder des Frauenstreiks betrachte, erfüllt mich diese Energie wieder aufs neue.» Sie erinnert sich auch an ihren Besuch im Vallée de Joux an diesem 14. Juni. Im Tal der Luxusuhren hatte die Arbeiterin Liliane

Es gibt noch viel zu tun!

Valcescini den ersten Frauenstreik von 1991 ins Rollen gebracht. Fast 30 Jahre später versammelten sich dort rund 500 Uhrenarbeiterinnen zu einer verlängerten Mittagspause. Trotz Regen und frostigen Temperaturen erhitzten sich die Frauengemüter: für gleiche Löhne, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Frauen in Kaderpositionen. Die Unia-Frau Camille Golay erinnert sich: «Der Druck auf die Frauen war gross, aber der Tag war wunderbar und bleibt in unserer Erinnerung eingraviert.»

Unvergessen auch die 200 mutigen Verkäuferinnen, die ihren Arbeitsplatz verliessen und um 11 Uhr in der Marktgrasse, Berns prominentester Einkaufsmeile, ein 100 Meter langes Stoffband mit ihren Forderungen ausrollten: endlich rauf mit dem Lohn, einen GAV, keine längeren Öffnungszeiten! Unia-Frau Stefanie von Cranach war vor der Aktion nervös. Etwa in drei Vierteln der Geschäfte hatten Verkäuferinnen ihre Teilnahme an der Aktion zugesagt. Wie viele dann tatsächlich mitmachen würden, war aber bis um 10.55 Uhr unklar. Doch die Stimmung in der Stadt war bereits frühmorgens unglaublich, das stimmte sie zuversichtlich. «Spätestens als dann gegen 11.20 Uhr über 5000 Frauen mit ihren Kinderwagen an den Verkäuferinnen vorbeizogen, wurde allen in der Marktgrasse klar, dass sie gerade Geschichte schrieben.»

FRAUENBLOCKADE

Vier Stunden vorher hatte der Frauenstreiktag in Luzern bereits begonnen, mit einer legendären Frauenblo-

ckade: In einer grauen Luzerner Wohnblocksiedlung fuhren kurz vor 7 Uhr Autos vor. Punkt 6.59 Uhr, eine Minute vor Schichtbeginn, öffneten sich die Autotüren. Frauen stiegen aus, bildeten eine Kette und blockierten die Zufahrt der Reinigungsfirma A&M Durães GmbH und legten damit den Betrieb komplett lahm. Unterstützt von Unia-Frau Ana Pica, erreichten die Frauen mit dieser beherzten Aktion noch am selben Tag, dass auch die Vor- und Nachbereitungsarbeiten sowie die Fahrzeiten bezahlt werden. work wollte jetzt wissen, ob sich die Verbesserungen gehalten hätten. Und ja, das taten sie, aber noch bleibt in der A&M Durães GmbH vieles zu tun (siehe Spalte links). Und nicht nur dort!



Die Schweiz bebte! La Suisse bouge! La Svizzera trema! Frauen*streik, 14. Juni 2019. Vernissage: 14. Juni 2020 auf unia.ch/buch-frauenstreik. Gratisbestellung: Mail an frauen@unia.ch

work1xl der wirtschaft

Daniel Lampart



FRAUEN VERDIENEN ZU WENIG – JETZT MUSS DIE WENDE KOMMEN

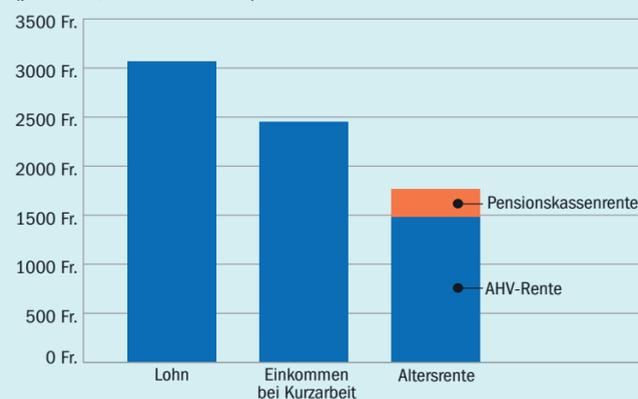
Frauen leisten sehr wichtige Arbeit – das wurde uns in der Coronakrise wieder einmal klar vor Augen geführt. Ebenso klar wurde aber auch, dass sich diese Arbeit zu wenig im Lohn niederschlägt. Besonders gross sind die Lohnprobleme im Verkauf, im Gastgewerbe oder in ähnlichen Berufen. Dort haben die Frauen einen Monatslohn von weniger als 3100 Franken (Median), weil sie Teilzeit arbeiten und die Löhne in diesen Branchen generell tief sind. Ihre Kunden hingegen verdienen mehr als das Doppelte.

HUNGERLÖHNE. In der Coronakrise wurden viele von ihnen in Kurzarbeit geschickt. Das hatte zwar den Vorteil, dass sie die Stelle behalten konnten. Aber bei der Kurzarbeit zahlt die Arbeitslosenversicherung nur 80 Prozent des Lohnes. Nur wenige Firmen haben den Lohn auf 100 Prozent aufgestockt. Die finanzielle Lage der betroffenen Frauen hat sich damit zusätzlich verschlechtert. Es ist bereits in «normalen» Zeiten ausgesprochen

schwierig, mit 3100 Franken über die Runden zu kommen. Wenn es nun bei Kurzarbeit nur noch rund 2500 Franken sind, reicht der Lohn definitiv nicht mehr. Schlimmer noch: Wer im Berufsleben wenig verdient, hat im Alter auch eine tiefere Rente. Vor allem in der Pensionskasse. Wenn der Arbeitgeber nur das gesetzliche Minimum versichert, so gibt es bei einem Lohn von 3100 Franken eine Pensionskassenrente von monatlich rund 300 Franken. Die AHV ist mit einer Rente von ungefähr 1500 Franken (Alleinstehende, ohne Kinder) wesentlich besser, weil sie zugunsten der Frauen und der unteren Einkommen umverteilt. Doch ohne Ergänzungsleistungen wird das Geld im Alter auch so kaum reichen.

AHV STÄRKEN. In der Altersvorsorge liegen Lösungen für diese Probleme auf dem Tisch. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) sammelt Unterschriften für eine 13. AHV-Rente. In der zweiten Säule hat der SGB mit

Einkommen: Verkäuferinnen und ähnliche Dienstleistungsberufe (pro Monat, Median in Franken)



QUELLE: BFG, BERECHNUNGEN SGB

den Arbeitgebern einen Kompromiss ausgehandelt, der spürbare Rentenverbesserungen für Frauen und untere Einkommen vorsieht. Nun braucht es auch noch bei den Löhnen einen Schub. Die Frauenlöhne müssen steigen. Und es muss mehr be-

zahlbare Kita-Plätze geben. Damit auch die Frauen ihre Arbeitspensien erhöhen können, wenn sie möchten.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).



FOTO: KARI-N SCHEIDEGGER

Ein Jahr nach dem Frauenstreik: Der Fotoband **So scharf war's!**

Fotografie ist oft noch Männersache. «Nicht am Frauenstreik!» sagte sich die Berner Fotografin Yoshiko Kusano und mobilisierte ihre Kolleginnen. Und so hat ein Kollektiv aus 32 Fotografinnen die Euphorie, die Wut, das Lachen, den Einfallsreichtum, die Provokationen, die Solidarität und vieles mehr in fast allen Ecken der Schweiz festgehalten. Die Essenz aus diesen Tausenden von Bildern gibt's jetzt im neuen Buch «Wir – Fotografinnen am Frauenstreik». Mit Texten von Rapperin Big Zis, Unia-Chefin Vania Alleva, VPOD-Chefin Katharina Prelicz-Huber und vielen mehr.



LA VIE EN ROSE: UNIA-Frauen in Sitten auf dem Weg zur Demo. FOTO: ANJA WURM



LAUSANNE BRENNT: Die Kathedrale Notre-Dame entflammt in Lila. FOTO: FRANCESCA PALAZZI



LAUT UND FRÖHLICH: Demonstrantinnen in Genf. FOTO: MURIEL ANTILLE



RESPEKT! Jetzt, sofort. FOTO: FRANCESCA PALAZZI



WO 1991 ALLES BEGANN... ging's 2019 weiter: Uhrenarbeiterinnen in Le Sentier VD. FOTO: YOSHIKO KUSANO



GROSSARTIG: Hunderttausende waren am 14. Juni in der ganzen Schweiz unterwegs. FOTO: MARION NITSCH



MORGENSTUND HAT STREIK IM MUND: Frühmorgendliche Kundgebung in Zürich. FOTO: SABINE ROCK



KEINE ZU KLEIN, EINE REBELLIN ZU SEIN: Kinderwagen-Demo in Bern. FOTO: CLÉO BÉATRICE FLÜCKIGER



VIVA LA VULVA! Das Bundeshaus ist weiblich geschmückt. FOTO: DANIELLE LINGER



SCHON LANGE DABEI: Demonstrantin in Bern. FOTO: DANIELLE LINGER



Yoshiko Kusano, Francesca Palazzi, Caroline Minjolle (Hg.): **Wir – Fotografinnen am Frauenstreik**, Christoph Merian Verlag, 140 Seiten, CHF 34.–

14. Juni 2020 **Was läuft wann, wo?**

BERN

Feministischer Postenlauf
14 Uhr - 17 Uhr: Auf der letztjährigen Demo-Route stellen wir feministische Posten auf. Kreativ, lehrreich und motivierend, zu Themen wie Care-Arbeit, Lohngleichheit, Gewalt und Frau*lenzen. Die Startnummernausgabe ist auf dem Bundesplatz. Komm in violett!
15:24 Uhr: Gemeinsames Lärm machen. Mehr Infos auf Facebook: **Frauenstreikordination Bern**

BASEL

Feministisch pausieren – kollektiv organisieren
14 Uhr - 17 Uhr: Wir treffen uns unter Einhaltung eines Schutzkonzeptes an ausgewählten Plätzen, um gemeinsam zu streiken.
15.24 Uhr: Wir werden unseren Forderungen Ausdruck verleihen und Lärm machen. Daneben gibt es Redebeiträge, ein offenes Kickbox-training und einen Siebdruckstand. **frauenstreik-bs.ch**



JETZT ERST RECHT! In der Violetten Woche fanden in der ganzen Schweiz Unia-Aktionen statt, wie hier im Kanton Waadt.

CHUR

Sitzstreik
14.30 Uhr: Einstündiger Sitzstreik – in einer 2-Meter-Abstand-Schlange – zwischen Bahnhof und Martinsplatz.
15.24 Uhr: Wir machen Lärm. Und zum Einjahresjubiläum erscheint ein Kurzfilm mit Gleichstellungsbotschaften.
Facebook: Frauenstreik Graubünden

GLARUS

Patchwork auf dem Rathausplatz
13 Uhr: An zehn Ausgangsorten starten Frauen in Gruppen und flanieren gemütlich zum Rathausplatz mit Tüchern, Transparenten, etc.
15.24 Uhr: Verlesung der Petition vom 14. Juni 2019.
Facebook: Frauenstreik Glarus

LUZERN

Postenlauf «Frauenmeile»
Postenlauf entlang der Demoroute vom letzten Jahr. An und bei der Box des Luzerner Theaters werden wir grosse Transparente aufhängen. Jeder und jede darf ein eigenes Transpi vorbeibringen. Wir schreiben Leserinnenbriefe und Radio 3Fach wird am 14. Juni das ganze Programm dem Frauenstreik widmen.
frauenstreikuzern.ch

SOLOTHURN

Liegestuhl-Demo
15 Uhr: Wir treffen uns in Gruppen (max. 30 Personen) an verschiedenen Orten. Pack dein Kartonschild, deinen lila Regenschirm, deine Musikbox und deinen Liegestuhl ein.
15.24 Uhr: Lärm für Lohngleichheit
18.00 Uhr: Schluss mit Gewalt an Frauen! Wir haben die Fakten zusammengestellt und werden sie als Audio-Aufnahme abspielen.
Facebook: FrauenstreikSO

ST. GALLEN

Jubiläums-Sternmarsch
13.6.2020, 14 Uhr: Wir starten in Kleingruppen von verschiedenen Punkten aus zu einem Sternmarsch. Mit Frauenstreik-Fahnen und Trillerpfeifen. Ziel ist der Stadtpark St. Gallen. Alle Startpunkte unter:
Facebook: Frauen*streik St.Gallen

ZÜRICH

Wir nehmen uns die Demoroute
14 - 16 Uhr: Wir füllen die Route vom feministischen Streikhaus am Sihlquai 115, über den Limmatplatz, die Langstrasse entlang bis zum Ni una Menos-Platz (ehemals Helvetiaplatz) mit Liegestuhlblockaden, Kleingruppen-Demos, Stadtverschönerungs-Aktionen, Strassentheater, Balkonzkonzerten, Installationen und wir hören Radia Lora 97.5 MHz.
Infos auf **1406.ch/2020** und **frauenstreikzuerich.ch**



Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Ferienkürzung: Aufgrund von Kurzarbeit erlaubt?

Letztes Jahr war ich über einen Monat krank. Infolgedessen hat mir meine Firma die Ferien gekürzt. Sie hat wegen der Coronakrise Kurzarbeit eingeführt. Deswegen befürchte ich, dass sie auch wieder eine Ferienkürzung vornehmen wird. Darf sie das?

MYRIAM MUFF: Nein. Die Voraussetzungen für eine Ferienkürzung sind in Artikel 329b des Obligationenrechts geregelt. Kurzarbeit ist dort nicht als Grund für eine Ferienkürzung vorgesehen. Eine Ferienkürzung ist nur in folgenden Fällen erlaubt: wenn eine Mitarbeiterin an der Arbeitsverhinderung selbst verschuldet ist oder wenn ein Mitarbeiter wegen Krankheit, Unfalls, Erfüllung gesetzlicher Pflichten, Ausübung eines öffentlichen Amtes oder Jugendurlaubs nicht arbeiten kann. Gar keine Kürzung gibt es, wenn die Arbeitsverhinderung weniger als einen Monat pro Dienstjahr beträgt oder wenn der Grund der unverschuldeten Arbeitsverhinderung gesetzlich nicht vorgesehen ist, wie dies bei Kurzarbeit der Fall ist.

Invaliditätsgrad: Wie rechnet die IV?

Weil ich krankheitsbedingt meine frühere, mittelschwere körperliche Arbeit nicht mehr ausüben kann, musste ich mich vor einiger Zeit bei der Invalidenversicherung (IV) anmelden. Glücklicherweise habe ich kürzlich einen



neuen Job gefunden, leider nicht ganz so gut bezahlt wie der alte. Trotzdem ist er ideal für mich, auch weil ich etwas mehr Pause machen kann, was das die

KOMPLEX: Die IV-Grad-Berechnung.

Ärzte vorschreiben. Das sieht auch die IV so. Sie hat mir deshalb im Vorbescheid mitgeteilt, dass mein Invaliditätsgrad 35 Prozent betrage. Weil ich damit aber den für eine Viertelsrente geforderten IV-Grad von 40 Prozent nicht erreiche, würde ich keine Rente erhalten. Da bei mir bis zu diesen 40 Prozent nicht viel fehlt, habe ich mich rechtlich beraten lassen. Fazit: Die Berechnungen der IV stimmen. Allerdings hat die IV übersehen, dass ich am alten Arbeitsplatz einen dreizehnten Monatslohn bekommen habe. Gemäss der Rechtsauskunft beträgt mein Invaliditätsgrad deshalb 39,7 Prozent. Deshalb hätte ich eigentlich Anspruch auf eine Viertelsrente. Stimmt das?

MYRIAM MUFF: Ja, das kann sein. Die Ermittlung des Invaliditätsgrades ist eine komplizierte Sache. Er wird aus der Einkommensdifferenz zwischen Valideneinkommen und Invalideneinkommen bestimmt. Das Invalideneinkommen ist der Lohn, den eine versicherte Person nach Eintritt der Invalidität durch eine ihr zumutbare Arbeit bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage erzielen könnte, nach der Durchführung der medizinischen Behandlung und allfälliger Eingliederungsmassnahmen. Das Valideneinkommen ist der Lohn, den eine Person verdienen könnte, wenn sie nicht invalid geworden wäre. Wird beim Valideneinkommen der Dreizehnte vergessen, wirkt sich das direkt auf den Invaliditätsgrad aus; er wird entsprechend kleiner. Zudem ist es wichtig zu wissen, dass die IV nach den anerkannten Regeln der Mathematik auf- oder abrundet. Falls Ihr Invaliditätsgrad also bei korrekter Berechnung 39,7 Prozent ergibt, ist er auf 40 Prozent aufzurunden. Dies ergibt einen Anspruch auf eine Viertelsrente. Deshalb ist es in Ihrem Fall wichtig, dass Sie den IV-Vorbescheid fristgerecht anfechten.

Anderungskündigung: Die «Vogel friss oder stirb»-Methode

«Die Zeiten sind hart, Frau»

Ihre Firma schickt Ihnen eine Änderungskündigung und will damit schlechtere Bedingungen durchsetzen. Was können Sie jetzt tun?

MARTIN JAKOB

«Wir würden Sie gern weiterbeschäftigen, Frau Fritschi», fängt der Chef an. Und dann kommt das grosse «Aber» – in Form von Bedingungen, die sich die Firma für die Fortsetzung des Anstellungsverhältnisses ausgedacht hat. Zum Beispiel weniger Lohn für die gleiche Arbeitszeit. Oder eine Reduktion des Pensums: «Wir müssen jetzt alle ein Opfer bringen, gälled Si.» Vielleicht soll es auch ein neues Lohnsystem sein mit kleinerem Fixum und höherem, jedoch leistungsabhängigem Provisionsanteil – «Wenn Sie richtig Gas geben im Verkauf, verdienen Sie sogar mehr als heute, Herr Graber!» Oder die Firma schliesst den Standort, an dem Sie gemäss Vertrag arbeiten, und will, dass Sie künftig an den Hauptsitz pendeln, eineinhalb Stunden hin, eineinhalb Stunden zurück: «Wir zahlen Ihnen sogar das Streckenabo, Herr Koller!»

Jetzt erst einmal tief durchatmen. Nicht gleich zustimmen, nichts unterschreiben. Sondern sich erst mal klar werden, was da gerade abläuft. Die Firma möchte den bestehenden Arbeitsvertrag in der aktuellen Form nicht mehr weiterführen. Sie möchte ihn zu ihrem eigenen Vorteil abändern. Aber das kann sie nicht einfach so. Weil der geltende Vertrag von beiden Seiten erfüllt werden muss, und das ohne Abstriche. Deshalb sagt die Firma: «Wir kündigen den bestehenden Vertrag und unterbreiten Ihnen hier einen neuen. Unterschreiben Sie ihn, bleiben wir im Geschäft. Lehnen Sie ab, gilt die Kündigung, und Sie verlassen die Firma.»

Um es bildlich zu sagen: Man tritt Sie in den Hintern und reicht Ihnen dann den kleinen Finger.

DIE RECHTSLAGE

Auch wenn es wehtut: dieses Vorgehen ist grundsätzlich erlaubt. Änderungskündigungen sind gültig, wenn sie sachlich begründet sind. Die Gründe können bei der Firma liegen – eine schlechte Auf-

tragslage oder eine Reorganisation zum Beispiel. Oder beim Mitarbeitenden – zum Beispiel, wenn die Leistung massiv abfällt. Allerdings bestehen Einschränkungen:

- Gibt es keine genügenden sachlichen Gründe – das ist zum Beispiel der Fall, wenn die Änderungskündigung offensichtlich

Anderungen zu Ihrem Nachteil dürfen nicht rückwirkend gelten.

einzig der Gewinnmaximierung dient –, ist diese missbräuchlich. Dasselbe gilt, wenn die Firma Sie zu sehr unter Druck setzt – zum Beispiel, indem sie Ihnen keine Bedenkzeit einräumt, sondern Ihr sofortiges Einverständnis verlangt. Bei Missbräuchlichkeit ist eine Kündigung zwar nicht aufgehoben, aber die Betroffenen können Anspruch auf bis zu sechs Monatslöhne Entschädigung erheben.

- Vertragsänderungen, die zu Ihrem Nachteil sind, kann die Firma nicht rückwirkend geltend machen. Und sie muss die Kündigungsfrist einhalten, die für Ihren laufenden Vertrag gilt.

- Für Änderungskündigungen gelten die gleichen Sperrfristen wie für ordentliche Kündigungen. Sie sind nichtig, wenn sie während der Erfüllung von Dienstpflichten, während einer Arbeitsverhinderung durch Krankheit oder Unfall oder während der Schwangerschaft und 16 Wochen danach ausgesprochen werden.

- Der neue Arbeitsvertrag darf keine Bedingungen enthalten, die dem geltenden Arbeitsrecht zuwiderlaufen (zum Beispiel in Bezug auf Höchstarbeitszeiten oder kantonale Mindestlöhne). Besteht ein Gesamtarbeitsvertrag, muss auch der neue Vertrag dessen Bestimmungen einhalten.

- Ein neuer Vertrag führt nicht zu einem neuen Arbeitsverhältnis. Das bedeutet: Alle Ansprüche, die sich aus Ihrem Dienstalter ableiten lassen, bleiben intakt. Dabei kann es sich um Kündigungsfris-



WORKTIPP

ENTLASSEN IN MASSES

Nimmt eine Firma innert 30 Tagen mehrere Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen vor, gilt dies ab einer gewissen Anzahl als Massenentlassung:

- ab 10 Personen in Firmen mit 20 bis 100 Beschäftigten,
- ab 10 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit 100 bis 300 Beschäftigten,
- ab 30 Personen in Firmen mit mehr als 300 Beschäftigten.

In diesen Fällen muss die Firma eine ganze Reihe von Vorschriften einhalten. Zum Beispiel muss sie das kantonale Arbeitsamt benachrichtigen, die Angestellten vor der Kündigung informieren und ein Konsultationsverfahren durchführen. Bei Firmen mit 250 und mehr Mitarbeitenden ist zudem ein Sozialplan Pflicht.

ten, Lohnfortzahlungen, Feriendauer oder Dienstaltersgeschenke handeln.

IHRE RECHTE WAHREN – UND TAKTIEREN

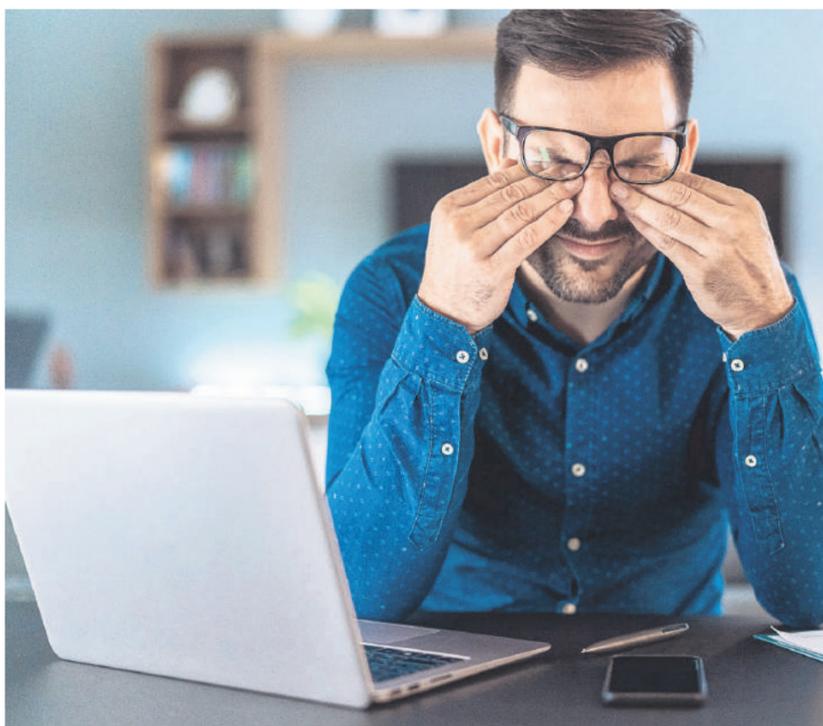
Die meisten Änderungskündigungen sind unerfreulich, und es ist

gut zu verstehen, dass Sie die Nase von dieser Firma gestrichen voll haben. Dennoch sollten Sie nicht gleich den Bettel hinwerfen:

- Kündigen Sie nicht selber.
- Prüfen Sie mit der Rechtsberatung der Gewerkschaft, ob die Kündigung missbräuchlich ist, und lassen Sie sich beraten, wie Sie vorgehen könnten.

- Kommt es in der Firma zu mehreren Entlassungen, und/oder haben auch andere Kolleginnen und Kollegen Änderungskündigungen erhalten? Möglicherweise erreicht die Firma insgesamt die Anzahl der Kündigungen, ab der die Massnahme als Massenentlassung gilt (siehe Tipp).

- Fragen Sie sich, wie gross die Einbusse für Sie persönlich wirk-



DAS BRENNT: Nach konzentrierter Bildschirmarbeit reibt sich manch einer oder eine die Augen. Die leisten nämlich Schwerarbeit! FOTO: ISTOCK

Was Sie bei der Bildschirmarbeit Wer nicht blinzelt,

Die Augen werden trocken oder brennen, und der Kopf schmerzt: Wer länger am Computer arbeitet, kennt das. Die besten Tipps zur Schonung Ihrer Sehkraft.

MARTIN JAKOB

Kopf- und Augenschmerzen sind nach Rückenschmerzen die häufigsten Beschwerden von arbeitenden Menschen. Das hat 2015 eine europaweite Untersuchung der Arbeitsbedingungen ergeben. Und zwei Drittel aller Erwerbstätigen in der Schweiz empfinden die Bildschirmarbeit als belastend. Kein Wunder: Stundenlanges, beinahe unbewegliches Sitzen bekommt dem Körper nicht gut, und für die Augen ist das beständige In-den-Bildschirm-Starren eine Tortur.

Bis zu 40 000 Mal bewegen Sie Ihre Augäpfel, wenn Sie einen ganzen Tag lang am Bildschirm arbeiten. Das ist Schwerarbeit für die Muskeln, welche die Augenbewegungen steuern. Häufige Folgen sind trockene Augen – weil beim konzentrierten Blick das Blinzeln vergessen geht –, andere Symptome können Brennen, Jucken, Tränen oder Rötung sowie Kopfschmerzen sein. Die Fachwelt spricht vom «Office-Eye-Syndrom».

SO GEHT'S BESSER. Mit diesen Tipps schonen Sie Ihre Augen und beugen augenbedingten Beschwerden am Arbeitsplatz vor:

- Haltung und Distanz. Ihr Blick in Richtung Bildschirm sollte leicht nach unten fallen. Richten Sie die Höhe von Stuhl

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



GUTER ERSATZ: Fürs Arbeiten unterwegs reicht oft auch einfacher gestrickte Software. FOTO: ISTOCK

Büroprogramme für unterwegs

Es muss nicht immer Microsoft Office sein: Wer unterwegs auf einem Tablet Texte und Tabellen bearbeiten will, findet günstige oder kostenlose Alternativen. Diese vier sind empfehlenswert:

OFFICESUITE, für iPad, CHF 32.– pro Jahr. **Bedienung:** Sehr gut. Sehr ähnlich zu Microsoft Office. Viele Formelvorlagen für Tabellen sowie Funktionen für Texte wie Blocksatz oder Bilder einfügen. **Datenimport und -export müssen gut funktionieren.** **Dokumente importieren:** Gut. Importierte Dateien von anderen Office-Programmen werden grösstenteils korrekt angezeigt.

ONLYOFFICE, für iPad und Android, gratis. **Bedienung:** Gut. Die wichtigen Funktionen sind enthalten, jedoch anders angeordnet als bei Microsoft Office und meist in Untermenüs versteckt. Daher braucht es Einarbeitungszeit. **Dokumente importieren:** Gut.

OFFICE HD: TEXTMAKER / PLANMAKER, für Android, einmalig CHF 5.40. **Bedienung:** Sehr gut. Viele Funktionen für Texte und Tabellen. Bedienung sehr ähnlich wie bei Microsoft Office. Daher fällt die Umstellung leicht. **Manko:** Beim Speichern auf Dropbox stürzte die App ab. **Dokumente importieren:** Genügend. Tabellen und eingefügte Bilder waren im Test leicht verschoben.

PAGES / NUMBERS, für iPad, gratis. **Bedienung:** Gut. Viele Funktionen sind in Untermenüs sortiert, daher Einarbeitung nötig. Viele Formelvorlagen vorhanden. **Dokumente importieren:** Genügend. Leichte Unterschiede im Layout (Fotos waren leicht verschoben). MARC MAIR-NOACK

Frittschi! »

**ZUMUTBARKEIT**

ARBEIT MIT EINBUSSSEN

Die Regeln der Arbeitslosenversicherung sind im Grundsatz streng: Die versicherte Person muss jede ihr zumutbare Arbeit unverzüglich annehmen. «Zumutbar» heisst: Die Anstellungsbedingungen entsprechen den berufs- und ortsüblichen, sicher aber den gesamt- oder normalarbeitsvertraglichen Bedingungen. Solange dies erfüllt ist, müssen Lohn einbussen bis zu 30 Prozent hingenommen werden. Als zumutbar gilt ein Arbeitsweg von maximal je 2 Stunden für den Hin- und den Rückweg.

RÜCKSICHTEN. Zu beachten ist jedoch immer auch die individuelle Situation der Betroffenen: Die Arbeit muss auf ihre Fähigkeiten oder auf die bisherige Tätigkeit Rücksicht nehmen, aber auch auf die Gesundheit und die Familienverhältnisse. Wird es zum Beispiel für eine alleinerziehende Person unmöglich, ihre Betreuungspflichten wahrzunehmen, weil ihr die Firma neue Arbeitszeiten vorschreibt, kann der neue Vertrag durchaus unzumutbar sein.

DUMPING. Nimmt eine Firma die Änderungskündigung einzig zum Zweck des Lohndumpings vor, gilt die Arbeit unter den neuen Bedingungen als unzumutbar. Vertragsänderungen, die eine Reduktion der Arbeitszeit mit proportionaler Kürzung des Lohns vorsehen, gelten andererseits nicht als Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und damit als zumutbar. Frauen, die nach der Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub nur noch ein reduziertes Pensum angeboten erhalten, sind also vergleichsweise schlecht geschützt. (jk)

lich wäre. Gefällt Ihnen die Arbeit gut, liegt der Arbeitsort günstig, können Sie die Verschlechterung der Vertragsbedingungen mindes-

Auch der neue Vertrag muss konform mit Gesetz und GAV sein.

tens vorübergehend verkraften? Und: Wie stehen Ihre Chancen, innert kurzer Frist eine Stelle zu finden, an der die Anstellungsbedingungen für Sie mindestens so gut sind wie in der jetzigen Firma vor der Änderungskündigung?

Beides könnten Gründe sein, den neuen Vertrag zwar zähneknirschend, aber doch zu unterschreiben. Denn so können Sie un-

ter weniger Druck eine neue Stelle suchen. Die Jobsuche ist in ungekündigtem Arbeitsverhältnis immer einfacher als aus der Arbeitslosigkeit heraus.

Akzeptieren Sie den neuen Vertrag nicht, wird die Kündigung durch die Firma gültig. Melden Sie sich danach arbeitslos, entscheidet die Arbeitslosenkasse, ob sie Ihre Arbeitslosigkeit als selbstverschuldet einstuft. Falls ja, brummt sie Ihnen Einstelltag auf, also die Streichung Ihres Taggelds für eine bestimmte Frist. Um diese Frist so kurz wie möglich zu halten oder sogar ganz zu vermeiden, müssen Sie Ihre Argumente vorbringen, weshalb der neu unterbreitete Vertrag für Sie nicht zumutbar wäre (siehe Text rechts).

beachten sollten – Ihren Augen zuliebe vergiesst schnell Tränen

und Bildschirm entsprechend ein. Die Distanz zwischen Augen und Bildschirm sollte 60 bis 90 Zentimeter betragen.

● Keine Spiegelung. Sitzen Sie vor dem abgeschalteten Bildschirm, dürfen Sie darin keine

Der Blick zum Bildschirm sollte leicht nach unten fallen.

Spiegelungen sehen. Ist dies der Fall, drehen oder neigen Sie den Bildschirm, bis die Spiegelung verschwunden ist.

● Keine Blendung. Achten Sie darauf, Ihren Arbeitsplatz so auszurichten, dass das Tageslicht seitlich einfällt, keinesfalls direkt von vorn. Kunstlicht sollte nicht zu hell sein und Sie nicht blenden. Stellen Sie die

Bildschirmhelligkeit so ein, dass der Kontrast zum umgebenden Licht nicht zu gross ist.

● Die richtige Brille. Tragen Sie Brillen oder Kontaktlinsen, könnte sich eine eigens für die Bildschirmarbeit angefertigte Brille oder Linse lohnen. Gerade bei Gleitsichtgläsern, deren Nahsichtbereich in der unteren Hälfte liegt, ist die Gefahr gross, dass man den Kopf nach hinten neigt, um besser zu sehen – das führt auf Dauer zu Verspannungen und Schmerzen.

● Blinzeln und Augenpausen machen. Bei angestrengter Büroarbeit am Bildschirm geht leicht das Blinzeln vergessen – also immer wieder bewusst blinzeln (ein Post-it «Blinzeln» am Bildschirm kann helfen). Das ist wichtig, um die Augen

genügend feucht zu halten. Und zwischendurch darf's eine Augenpause sein: den Blick in die Umgebung schweifen lassen oder einfach die Augen einen Moment schliessen und in alle Richtungen rollen lassen.

IN DER FIRMA. Flackert an Ihrem Arbeitsplatz in der Firma noch ein Röhrenbildschirm und bereitet Ihnen Kopfschmerzen? Ist weder Ihr Bürostuhl höhenverstellbar, noch können Sie sich vor Blendung durch die Nachmittagsonne schützen? Wenden Sie sich an den Chef. Nach der Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz müssen an jedem Arbeitsplatz «ergonomisch und hygienisch gute Arbeitsbedingungen» herrschen. Ist das nicht erfüllt, muss die Firma nachbessern!

ERGONOMIE

RICHTIG EINRICHTEN

Wo lernt man die besten Tricks, den Bildschirmarbeitsplatz zu Hause ergonomisch einzurichten? Natürlich von einem Trickfilm. Die Suva empfiehlt ihn auf ihrer Website. Der Text zum Film ist zwar spanisch, aber die Bilder sprechen für sich: rebrand.ly/ergoffice.

Natürlich bietet die Suva auch selber eine Anleitung zur Einrichtung des Bildschirmarbeitsplatzes an: rebrand.ly/suvafacts.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Ende der Kurzarbeit?

Ich bin KV-Lernende, unsere Firma bezieht Kurzarbeit. Nun hat sie mir angekündigt, ab Juni hätte ich wieder normal zu arbeiten. Stimmt das?

« Das stimmt. Der Bundesrat hat entschieden, schrittweise aus den Corona-Massnahmen auszusteigen. Deshalb gilt die Ausnahmeregelung, wonach für Lernende Kurzarbeitsentschädigung (KAE) beantragt werden konnte, ab 1. Juni nicht mehr. Im Vordergrund steht dabei eine möglichst rasche Fortsetzung der praktischen Ausbildung.

Wichtig zu wissen, falls du demnächst deine Berufslehre abschliesst: Normalerweise gilt, dass Betriebe, die KAE beziehen, keine neuen Personen einstellen dürfen. Diese Regelung bleibt unangetastet,

wird aber mit einer Ausnahme zugunsten der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger gelockert. Diese sollen in ihrem Lehrbetrieb weiterbeschäftigt, das heisst mit einem



Aude Spang, Jugendsekretärin.

Anschlussvertrag, angestellt werden können. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) versteht diese Ausnahme-

regel als Massnahme gegen den befürchteten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit als Folge der Coronakrise.»
Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

Gewinnen Sie ein Apple iPad!



Ob Arbeit, Spielen oder Lernen: mit dem von WAGNER AG offerierten Apple

iPad (10,2", WiFi, 32 GB) im Wert von 379 Franken erledigen Sie alles ganz einfach – wo und wann immer Sie wollen.



LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 10
Das Lösungswort lautete: KURZARBEIT



zur Zerlegung geeignet			frühere Steuerabgabe	internat. Bankkontonummer	bleibend beeinflussen			Buchregisterzeichen	Baskenmütze	Dreizehenfaultier	Stadt im Kanton Zürich		dt. Schnellzug		schlecht	Engländerin	Hirnstrommesser	Abk.: loco citato	
jurass. Politorganisation			4					Geburtsmal		13									
Frauenwäschestück			Borke		Wegfahrt								europ. Wasserstrasse		Aufnahmetaste				
empfehlen								Einsteigorte am Flughafen		Teil des Fusses			leise					Violette ... vom 8. bis 14. Juni	
					Westeuropäer			militär. Schlacht							Ver suchsraum (Kw.)		Frau, Freundin		
russ. Präsident			Kult handlungen		fachmänn. Helfer								süßes Gebäck		Rufname der Pulver			1	
Premierministerin von NZ (Jacinda)								weibl. Hühnervögel		Anfänger		Film von James Cameron (1997)						7	
					Tims Comic-Hund			Corona-Koch geht in ...							schweiz. Fussballer (Valon)		sowieso		
Opernsolo-gesang	Beruf in der Textil-industrie			künstl. Wasser-reservoir								Konflikt		Sprengkörper					
Grossräumigkeit								präsent, beteiligt		den Boden schrubben		männl. Rind				Einheit des Lichtstroms		Jasskarte (CH-Blatt)	
				Ausdruck der Zu-neigung		Macken, Schäden								Gegenstand d. Artus-sage		eh. dt. Airline			
weibl. Prinzip (chines. Philos.)				Mittel-amerikaner								in der Nähe von		Schauer, Entsetzen					
eh. CH-Fussballer (Adrian)						Autokz. Israel		frz. Artikel		schweiz. Eis-hockey-goalie						frz. Abk.: zum Beispiel		ital. Tonbez. für das D	
wird von einem Rechts-populisten regiert				Bagatelle, Kleinigkeit										Einheit d. elektr. Stromstärke				8	
								wurden abwertend als "Schlinggen" bezeichnet											6

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 19. Juni 2020

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Franz Cafourek, Thun. Herzlichen Glückwunsch!

INSERAT



Solidarisch aus der Krise

Appell: Lohngarantie und keine Corona-Entlassungen!

Die Unternehmen bekommen vom Bund Unterstützung, damit sie Arbeitsplätze erhalten und die Löhne weiterbezahlen. Darum darf es in der Corona-Krise keine Entlassungen geben.

Wir fordern:



Berufstätige mit tiefen bis mittleren Einkommen müssen bei Kurzarbeit 100% Lohnersatz erhalten!



Die Firmen müssen mit den Bundes-Milliarden Arbeitsplätze garantieren!



Hast du schon unterschrieben?

unia.ch/appell



WORKLESERFOTO



Könige der Alpen

WANN 5. Juni 2020
WO Pontresina GR
WAS Steinböcke
Eingesandt von Ursula Kocher, Grünen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

workquiz



Wie gut sind Sie?

- Läderach I:**
Was ist das Besondere an der Läderach-Schoggi?
 a) Sie wird mit Frischmilch produziert?
 b) Sie wird mit Weihwasser produziert?
 c) Sie wird mit Kondensmilch produziert?
 d) Sie wird mit Milchpulver produziert?
- Läderach II:**
Wie heisst die Anti-Abtreibungs-Gruppierung, die die Familie Läderach geistig und finanziell unterstützt?
 a) Marsch für ä Räge?
 b) Marsch fürs Träge?
 c) Marsch fürs Läbe?
 d) Marsch für ä Säge?
- Läderach III:**
Womit eröffnet VR-Präsident Jürg Läderach jeweils die VR-Sitzungen?
 a) mit den neusten Entlassungen?
 b) mit einem Ave Maria?
 c) mit den neusten Verkaufszahlen?
 d) mit einem Bibelspruch?
- Läderach IV:**
Wo produziert die Schoggi-firma Läderach?
 a) in Heiligenschwendi BE?
 b) in Kreuzlingen TG?
 c) in Glöggli LU?
 d) in Ennenda GL?



Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1a: 2c; 3d; 4d

WORKPOST

29. Mai 2020 work 9

50 Jahre Fremdenhass Von Schwarzenbach bis SVP

Der braune Faden

Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat eine lange Geschichte der Fremdenhass. Und ist schon vor mehr als 50 Jahren politisch verurteilt. Sogar die Eidgenossen haben sich bis in die Gegenwart nicht.

Neuigkeiten
 Die Eidgenossen sind immer noch ein Land der Fremdenhass. Und ist schon vor mehr als 50 Jahren politisch verurteilt. Sogar die Eidgenossen haben sich bis in die Gegenwart nicht.

Grossbürger & Faschist: Ein Sohn aus bestem Hause

Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat eine lange Geschichte der Fremdenhass. Und ist schon vor mehr als 50 Jahren politisch verurteilt. Sogar die Eidgenossen haben sich bis in die Gegenwart nicht.

ten der einfachen Leute und auch der Kleinen unter den KMU. Der Staat und die Grossbanken, die wahren Helden dieser Krisen. Wirklich? Sind all die Skandale, die Rettungen durch die Steuerzahlenden, die Beteiligung an umstrittenen Projekten (Menschenrechte), alles paletti. Vergessen? Da passt der Artikel im «Bund» von Peter Gehler bestens dazu. Er findet, dass alle, die sich für die Konzernverantwortungsinitiative (KOVI) einsetzen, reine Gesundheitswollen mit einer Doppelmoral seien. Zudem würden sie jegliche Aufbauarbeit der Grosskonzerne in den Entwicklungs- und Schwellenländern (Good Governance) zerstören wollen. Da kommt doch etwas Nachdenklichkeit auf, wenn man an die Praktiken der Banken und der Grosskonzerne in den Bereichen Rohstoffe, Wasser, Saatgut und Nahrungsmittel auf Kosten vor allem der indigenen Bevölkerung denkt, wo ja Konzerne wie Syngenta, Nestlé, Glencore und etliche mehr (mit Sitz in der vorbildlich reinen Schweiz) nicht nur Good Governance betreiben.

BEAT JURT, WORBLAUFEN BE

WORK 10 / 29. 5. 2020:
CORONA-HORROR AUF DER DEMENZSTATION
Endlich jemand, die chli Meis macht

Bravo, Lea! Endlich jemand, der auf die Hinterbeine steht und echli Meis macht. Immer wird nur geredet, und gemacht wird nichts. Schönschwätzeri auf Kosten derer, die unseren Karren am Laufen halten. Weiter so, bis die Herrschaften mal kapieren, worum es geht, nämlich um unsere Gesundheit und nicht um ihr Portemonnaie.

DAVID CONCEPRIO, VIA WORKZEITUNG.CH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

Gedanken zur Corona-Epidemie

Es ist eine sehr schwere Zeit mit der Corona-Pandemie und der Wirtschaftskrise. Wir wissen nicht, was alles noch auf uns zukommt. Die Wirtschaftsrosse wollten ohne Sicherheit vor Corona die Wirtschaft ankurbeln, auf Teufel komm raus. Es kann nicht schnell genug gehen. Sie wollen Gewinne einfahren, Lohnkürzungen und wenn möglich noch Sonntagsverkäufe durchsetzen. Das dürfen wir nicht dulden! Dank der Corona-Krise haben die Firmen noch mehr Heimarbeit erfunden. Viele Mitarbeitende werden aus Angst vor Jobverlust länger arbeiten, als wenn sie in der Firma an ihrem Arbeitsplatz wären. Viele Firmen sind wahre Profis beim Auspielen der Mitarbeitenden gegeneinander.

SARGNAGEL. Angst macht gefügig. Mit diesen Methoden können die Firmen die Angestellten unterdrücken und mehr Leistungsdruck ausüben. Wir müssen damit rechnen, dass in Zukunft sehr viele Menschen arbeitslos werden. Besonders die kleinen Leute mit schlechten Ausbildungen sind die Opfer der künftigen Entwicklungen.

Das dürfen wir nicht hinnehmen! Wir fordern Arbeit für alle!

Die allergefährlichste Pandemie ist die systematische Umweltzerstörung. Das kapitalistische System ist unser Sargnagel. Es vernichtet Leben, zerstört masslos die Natur, selbst das Klima verändert sich. Sobald die Vielfalt von Tieren, Insekten und Pflanzen vollends ausgerottet ist, ist auch unser Leben zu Ende. Auch deshalb müssen wir die Augen offen halten und kräftig Widerstand gegen die Umwelt und Klimazerstörungen leisten. Wenn wir nichts dagegen tun, dann fährt der Zug ab. Dann gibt es nur noch Krankheit und Tod. Wir dürfen nicht mehr so fortfahren wie bisher. Beim Einkauf wäre es immer klug, sich zu überlegen, ob man dieses oder jenes wirklich braucht.

BLÖDSINN. Es ist doch klar, dass das kapitalistische System unnötige Produkte herstellt. Über die Werbung erzeugt der Kapitalist nutzlosen Plunder und ein Bedürfnis in uns, und wir glauben, dieses Produkt sei eine Erleichterung für den Alltag, und erst später bemerken wir, dass es vollkommener Blödsinn ist. Keiner gewinnt am Schluss von diesem Wohlstand. Die Einkaufszentren haben es im grossen Stil fertiggebracht, die kauflustigen Konsumentinnen und Konsumenten anzulocken, um Profite aus ihnen herauszupressen und jedes Jahr noch mehr Umsatz zu generieren. Welche Pandemie müssen wir zusätzlich noch erleben, bis wir begreifen, dass der Kapitalismus den Profiten und nicht unseren Bedürfnissen dient?

JEAN AICHER, *1940, PENSIONIERTER PFLEGER, LANGJÄHRIGES UNIA-MITGLIED

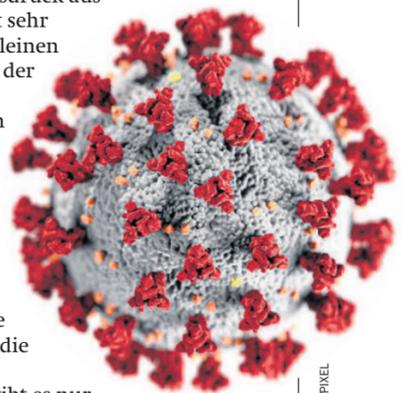


FOTO:RAMPIKEL

WORK 10 / 29. 5. 2020:
DER BRAUNE FADEN

Braune Einfaltstöpfe

Also bitte schaut dafür, dass die Ausländer auch den gleichen Lohn für die gleichen Arbeiten erhalten, und setzt den Lohnschutz bei den Verhandlungen mit der EU durch. Damit ihr nicht eure Mitglieder an die braunen Einfaltstöpfe verliert. Auch die Begrenzungsinitiative steht vor der Tür.

RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

WORK 10 / 29. 5. 2020: SWISSLIFE-CEO FROST
VERBREITET RENTEN-LÜGE

Wahre Helden

Der Pfingsttag hatte es in sich. Samstagrundschau mit Credit-Suisse-Boss Urs Rohner, eine wahre Selbstdarstellung, weit weg von Einsicht zu den Sorgen und Ängs-



GRAFIKERIN AGNES WEBER hat letztes Jahr das SGB-Frauenstreik-Plakat entworfen. Ein Jahr danach hat sie wieder zugeschlagen.

Künzi streikt!

Im Dunkeln

FOTO: WES THOMI



Sandra Künzi ist Slam-Poetin, lebt und büglet in Bern. Und sie schrieb work mit ihrer Kolumne «Künzi streikt» von Januar 2019 bis am 14. Juni in den Frauenstreik hinein (rebrand.ly/kuenzi-streikt). Jetzt, 1 Jahr nach dem Tag der Tage, meldet sie sich nochmals zum Streik.

«Schagge, der Corona ist ein Zeichen. Jetzt müsst ihr streiken!» Moll sicher, grad als alle Schiss hatten vor der ersten Welle, dann ein Streik. Weisch wie? Schagge schafft in der Pflege, und 90 Prozent aller Pflegenden sind Frauen. Aber ebe. Fraue sind eifach zu nett. Die nützen eine gesellschaftliche Notlage nicht aus, sondern machen brav ihre schlecht-bezahlte Arbeit. Klar ich würd auch niemanden ersticken lassen, nur für fairere Löhne, gerechte Arbeitsbedingungen und so ... wobei ...

STÄBE. Im Corona-Krisenstab, hat's genau zwei Frauen auf zwölf Männer. Dabei ist es doch eine systemrelevante Krise. Weil systemrelevant sind ja all die unterbezahlten Frauenberufe. Da frag ich mich schon, was der alte weisse Eidgenoss überlegt? Stab = Stäbe, oder was? Gleichstellungs-Gstabis dünkt mi. Ja klar, seit dem Streik sind historische 42 Prozent Frauen im Schweizer Parlament! Aber im Kanton Uri, nume Bischpil, hat's keine Frau in der Regierung und nur

25 Prozent Frauen im Parlament. Von einem Kanton, der ernsthaft noch eine Busstation namens «Mohrenkopf» führt (Erstfeld), kann man natürli nicht erwarten, dass er Frauen in der Regierung hat. Weisch, was ich denke? Die wollen einfach nicht. Drum bin i voll für Quote. Moll sicher.

SAFTIGER STREIK. Es isch wie bi dem Witz, wo einer was im Dunkeln verliert, aber unter der Laterne sucht, weil er dort mehr sieht. Quote heisst: Du darfst ab jetzt nur noch dort suchen, wo du es verloren hast. Ja, dort ist es dunkel, ja, dort ist es schwieriger und anstrenger, aber huere Siech: dort hast du – Politik und Wirtschaft – sie verloren,

Und jetzt Finger usem wisse alte Füdle nää!

die Frauen, dein wertvolles Humankapital. Und jetzt Finger usem wisse alte Füdle nää, Stirnlampe montiere und suche! Aber richtig. Schuscht wissen wir dann, was wir machen, wenn die zweite Welle kommt. Denn wir sind viele, wir sind parat und vernetzt. Für den nächsten saftigen Streik. Und dein Füdle putzen wir nicht.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincou@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Sandra Künzi, Andreas Rieger, Clemens Studer, Ines Wallrodt, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossebacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.